

OTTO
KIRCHHEIMER
PREIS



OTTO KIRCHHEIMER-PREIS 2023

VERLEIHUNG

des Otto Kirchheimer-Preises 2023 an

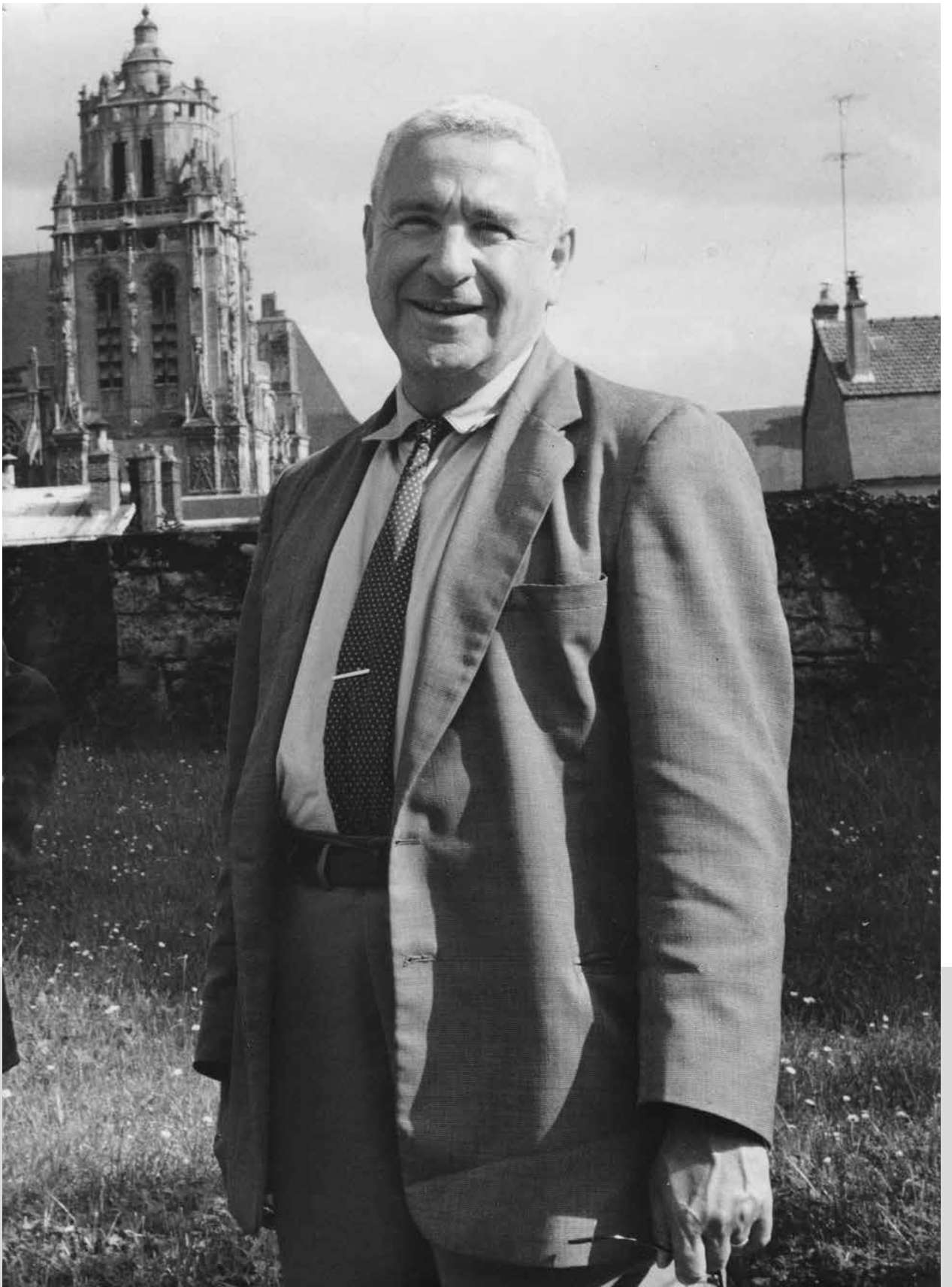
PROF. DR. FRANK DECKER
Politikwissenschaftler

am 16. November 2023 in Heilbronn



Herausgeber: Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.
Layout, Satz u. Druck: kuh vadis! Kommunikationsdesign, Talheim
Auflage: 300 Exemplare | ISSN 2568-0293
Verkaufspreis: 10,00 Euro

Schriftenreihe des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V. | **Band 5** | Oktober 2025



Otto Kirchheimer | 11. November 1905 - 22. November 1965
© Hanna Grossman / Aufnahme Charles David

INHALT

6	Vorwort
9	Programm
10	Begrüßung Harry Mergel
15	Laudatio Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
22	Preisverleihung Gudrun Hotz-Friese, Harald Friese
36	Festvortrag „Gespaltene Gesellschaft, polarisierte Politik?“ Prof. Dr. Frank Decker
46	Podiumsdiskussion „Krise der Parteien, Krise der Demokratie?“ Prof. Dr. Frank Decker Prof. Dr. Isabelle Borucki Prof. Dr. Wolfgang Schroeder Prof. Dr. Ulrich von Alemann (Moderation)
65	Preisträger 2015 Prof. Dr. Ulrich von Alemann
66	Preisträger 2017 Prof. Dr. Oskar Niedermayer
67	Preisträger 2019 Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
68	Preisträger 2021 Prof. Dr. Elmar Wiesendahl
69	Preisträger 2023 Prof. Dr. Frank Decker
70	Vita Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
71	Vita Prof. Dr. Isabelle Borucki
72	Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.
79	Satzung Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.
85	Beitrittsformular

VORWORT

Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. legt mit dieser Broschüre den Band 5 seiner Schriftenreihe vor.

Dieser Band dokumentiert die Preisverleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2023 an Professor Dr. Frank Decker und seinen Festvortrag „Gesplante Gesellschaft, polarisierte Politik“ sowie die Laudatio von Professor Dr. Wolfgang Schroeder.

Dem Festvortrag und der Laudatio folgte eine Podiumsdiskussion zum Thema „Krise der Parteien, Krise der Demokratie?“, an der neben dem Preisträger der Laudator und Professorin Dr. Isabelle Borucki, Professorin an der Philipps-Universität Marburg und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Fördervereins, teilnahmen. Moderiert hat die Podiumsdiskussion Professor Dr. Ulrich von Alemann, Preisträger des Otto Kirchheimer-Preises 2015 und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates des Fördervereins.

Krise der Parteien, Krise der Politik? Welche Krise bedingt die andere? Wohl eher die Krise der Demokratie, weil die Parteien Spiegelbild der Gesellschaft und damit auch Spiegelbild unserer Demokratie ist. Man muss leider feststellen, dass Demokratieverdrossenheit weit verbreitet ist. Die Ursachen sind vielfältig. Die Welt befindet sich in einem Krisenmodus. Unsere Gesellschaft polarisiert und fragmentiert sich, solidarisches Handeln wird seltener.

Unsicherheit und Angst nehmen zu. Sind unsere Sozialsysteme zukunftsfest? Der Klimawandel zwingt zu einer Transformation in eine sozial-ökologische Wirtschaft. Wird es dabei gerecht zugehen? Wer sind die Gewinner und Verlierer? Ist der demokratische Staat nicht mehr in der Lage, die Daseinsvorsorge sicher zu stellen? Dies alles ist der Nährboden für Populismus und rechtsradikale Parteien. Inhaltliches und praktisches Engagement gegen rechts heißt das Gebot der Stunde.

Otto Kirchheimer war nicht nur Parteienforscher, sondern positionierte sich als Wissenschaftler gegen Populismus und rechte Ideologien. Er war ein Wissenschaftler, der nicht im Elfenbeinturm lebte. Sein Buch „Politische Justiz“ von 1961 (!) ist vor dem Hintergrund der politischen Verhältnisse in den USA aktueller denn je.

Otto Kirchheimer war auch als Wissenschaftler ein überzeugter und kämpferischer Demokrat, der 1933 aus Deutschland fliehen musste, um sein Leben zu retten.

Um die Demokratie muss man kämpfen. Otto Kirchheimer wusste das.

Harald Frieze

Vorsitzender
Förderverein
Otto Kirchheimer-Preis e.V.

Thomas Randecker

Stellvertretender Vorsitzender
Förderverein
Otto Kirchheimer-Preis e.V.

Rainer Hinderer

Stellvertretender Vorsitzender
Förderverein
Otto Kirchheimer-Preis e.V.

Gudrun Hotz-Frieze

Schriftführerin
Förderverein
Otto Kirchheimer-Preis e.V.

Susanne Bay

Schatzmeisterin
Förderverein
Otto Kirchheimer-Preis e.V.



VERLEIHUNG

des Otto Kirchheimer-Preises 2023 an

PROF. DR. FRANK DECKER
Politikwissenschaftler

am 16. November 2023 in Heilbronn

PROGRAMM

Musik

Alberto Ginastera: Pequeña Danza aus dem Ballett „Estancia“

Begrüßung

HARRY MERGEL

Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

Laudatio für Prof. Dr. Frank Decker

PROF. DR. WOLFGANG SCHROEDER, Staatssekretär a.D.

Universität Kassel

Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2023

GUDRUN HOTZ-FRIESE UND HARALD FRIESE

Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.

Musik

Frédéric Chopin: Etüde c-Moll op. 10 Nr. 12

Festvortrag

„Gespaltene Gesellschaft, polarisierte Politik? Wie sich die Demokratie unter dem Druck des Populismus verändert“

PROF. DR. FRANK DECKER

Politikwissenschaftler

Podiumsdiskussion

„Krise der Parteien, Krise der Demokratie?“

Moderation

PROF. DR. ULRICH VON ALEMANN

Preisträger 2015

Diskussionsteilnehmer

PROF. DR. ISABELLE BORUCKI

Philipps-Universität Marburg

PROF. DR. FRANK DECKER

Politikwissenschaftler

PROF. DR. WOLFGANG SCHROEDER, Staatssekretär a.D.

Universität Kassel

Mitwirkende:

Charlotte Piatschek am Klavier

Leitung: Björn Vielhaber



Oberbürgermeister Harry Mergel

BEGRÜSSUNG

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Gäste,

herzlichen Dank Charlotte Piatschek für die musikalische Einstimmung zu diesem Fest.

Es freut mich sehr, dass die Stadt Heilbronn zusammen mit dem Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. heute bereits zur fünften Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises einladen durfte. Seien Sie alle sehr herzlich willkommen, hier im Zentrum der politischen Willensbildung der Stadt Heilbronn, dem Großen Ratssaal. Ein Ort, der zu dieser Preisverleihung, bei der immer auch große politische Fragen behandelt werden, sehr gut passt.

Preisträger ist in diesem Jahr Professor Dr. Frank Decker, Professor für Politische Systeme am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Sehr geehrter Herr Professor Decker seien Sie besonders begrüßt! Sie sind uns ja noch aus dem vergangenen Jahr als Teilnehmer der Diskussionsrunde in guter Erinnerung. Aber viele unter uns kennen Sie sicher auch aus den Medien. Hier sind Sie gefragter Gesprächspartner zur Einordnung aktueller politischer Fragen und Ereignisse. Und Sie sind, wenn man sich Ihr Schriftenverzeichnis anschaut, ein höchst produktiver Autor, Herausgeber und Mitherausgeber.

Besonders gespannt bin ich auf Ihren **Festvortrag „Gespaltene Gesellschaft, polarisierte Politik? Wie sich die Demokratie unter dem Druck des Populismus verändert“** sowie Ihre Beiträge zur anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Krise der Parteien, Krise der Demokratie?“.

Themen von besonderer Relevanz und Themen, die die meisten von uns wohl mit großer Sorge erfüllen. Doch diese Sorgen um Auswüchse von Populismus, um die Zukunft der Parteien und der Parteienlandschaft sowie um die Demokratie insgesamt dürfen uns weder lähmen noch in blinden Aktionismus versetzen. Deshalb ist es wichtig, dass Wissenschaftler wie Sie, Herr Professor Decker, genau hinschauen und analysieren. Denn damit zeigen Sie letztlich auch auf, wo die politischen Stellschrauben sind, damit das Erfolgsmodell der demokratischen Bundesrepublik auch den derzeitigen tiefgreifenden politischen und sozialen Wandel standhalten kann und weiterhin in der Lage sein wird, die multiplen Herausforderungen und Krisen zu bewältigen.

Wichtig ist es aber auch, dass wir alle miteinander im Gespräch bleiben, wichtig ist es, dass wir als Gesellschaft aktiv eintreten für das beste Modell, das wir haben, dass wir bei allen Verwerfungen, bei allen Problemen, die uns umtreiben, auch immer wieder deutlich machen, dass wir in einem funktionierenden Gemeinwesen leben dürfen, das uns genauso braucht, wie wir es umgekehrt. Und dazu ist es wichtig, auch über Fach- und Disziplinengrenzen, über Partei- und Gesellschaftskreise hinweg zusammen zu kommen und sich auszutauschen. Insofern ist der Otto Kirchheimer-Preis auch eine ideale Gelegenheit, den Austausch in diesem Sinne zu unterstützen.

Diskutieren werden Sie, Herr Professor Decker, mit Herrn **Professor Wolfgang Schroeder** von der Universität Kassel, der auch die Laudatio auf Sie hält sowie mit Frau **Professorin Isabelle Borucki** von der Uni Marburg und Herrn **Professor Ulrich von Alemann**. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Herr Professor von Alemann wird in bewährter Weise wieder die Diskussion moderieren. Als erster Preisträger des Otto Kirchheimer-Preises 2015 und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates des Fördervereins, ist er immer ein besonders gern gesehener Gast in unserer Stadt. Und bereits in verschiedenen Rollen bestens erprobt in Heilbronn.

Der Preis würdigt einen unserer großen Söhne der Stadt: **Otto Kirchheimer**, 1905 in Heilbronn geboren, 1965 gestorben und auf eigenen Wunsch neben seinen Eltern auf dem Heilbronner Israelitischen Friedhof Im Breitenloch bestattet. Ein Wunsch, der so nicht erwartbar war, nachdem Kirchheimer als Jude und linker Sozialdemokrat mit seiner ersten Frau und kleinen Tochter Deutschland bereits 1933 verlassen hatte und den Rest seines Lebens in der Emigration lebte - zunächst in Frankreich und dann in den USA. Hier gelang dem promovierten Juristen noch eine bemerkenswerte Karriere. 1955 wurde er zum ordentlichen Professor an der New School auf Social Research in New York und 1960 an die Columbia Universität berufen.

Auch fast 60 Jahre nach seinem Tod gilt Kirchheimer in der Fachwelt immer noch als herausragender Denker und Analytiker. Sehr geehrter Herr Professor von Alemann, ich erlaube mir, hier an Ihre Würdigung Kirchheimers als „Hidden Champion“ und als „herausragenden Solitär der Wissenschaft“ zu erinnern.

Dass wir seit 2015 diesen großen Sohn unserer Stadt, diesen herausragenden Parteienforscher und Staatsrechtler, der uns auch heute noch viel zu sagen hat, immer besser kennen lernen dürfen, ist insbesondere zwei Heilbronnern zu verdanken: **Gudrun Hotz-Friese** und ihrem Mann, unserem ehemaligen Bürgermeister, Bundestagsabgeordneten und Ehrenringträger **Harald Friese**. Sie beide haben den mit 10 000 Euro dotierten Preis gestiftet, der nunmehr alle zwei Jahre verliehen wird.

Liebe Gudrun, lieber Harald, auch euch beiden mein herzliches Willkommen und vor allem einmal mehr meinen herzlichen Dank für euer großartiges Geschenk, das ihr mit diesem Preis der Stadt Heilbronn gemacht habt.

Lassen Sie uns nun zur Laudatio kommen. Dazu übergebe ich nun an Sie, sehr geehrter Herr Professor Schroeder, das Wort. Sie sind Inhaber des Lehrstuhls „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel. Zu Ihren Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem Verbände und Gewerkschaften. Außerdem sind Sie Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ und Sie sind unter anderem Mitglied der Grundwertekommission der SPD an. Darüber hinaus kennen Sie den Politikbetrieb aus der Innensicht auch aus Ihrer Zeit als Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familien des Landes Brandenburg von 2009 bis 2014. Wir freuen uns nun auf Ihre Würdigung des diesjährigen Preisträgers.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Festgäste, uns allen wünsche ich interessante und erkenntnisreiche Stunden.



© David Ausserhofer

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Otto Kirchheimer-Preis 2023 an Prof. Dr. Frank Decker

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Frau Hotz-Friese und Herr Friese,
lieber Ulrich von Alemann,
lieber Frank,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine Ehre, die heutige Laudatio für Frank Decker zur Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises halten zu dürfen. **Der Preis, so meine ich, gebührt Frank Decker. Es gibt augenscheinliche Parallelen zwischen Frank Decker und Otto Kirchheimer.**

Zunächst einmal natürlich die wissenschaftliche Schaffenskraft gepaart mit gesellschaftlicher Verantwortung. Im Zentrum steht dabei nicht zuletzt der politikwissenschaftlich-intellektuelle Einsatz gegen rechte Ideologie und rechtsradikalen Aktivismus. Und das Bedeutendste: Ebenso wie der Namensgeber dieser Auszeichnung leistet Frank Decker **einen außerordentlichen Beitrag zur Parteienforschung, aber vor allem auch zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Demokratie, ihrem Wandel und den akuten Bedrohungen gegen sie.** Ihrer beider Forschung ist mitnichten Wissenschaft fernab der Realität. Vielmehr leistet Frank Decker, genauso wie der Namensgeber des Preises, einen **wichtigen Beitrag für die Wissenschaft von der Politik, aber damit auch für die Orientierung der Gesellschaft in schwierigen Zeiten.**

Frank Deckers Hinwendung zur Parteienforschung begann Mitte der Neunzigerjahre in Hamburg. Nach seiner Promotion in einem ganz anderen Themenfeld – der Umweltschutzpolitik – ergab sie sich wohl eher zufällig. Die damals neugegründete „Zeitschrift für Politikwissenschaft“ suchte einen Autor für einen Aufsatz über die in Hamburg gerade entstandene „Statt-Partei“. Als Decker diese Aufgabe übernahm, begann eine bis heute anhaltende Beschäftigung mit dem Rechtspopulismus. Denn schon die inzwischen längst untergegangene Statt-Partei, manche erinnern sich noch an ihren Führer Ronald Schill, seinerzeit als Richter „Gnadenlos“ für seine harten Urteile bekannt, betrachtete er seinerzeit als populistische „Anti-Establishment-Partei“. Dafür gab es in Deutschland bis dahin nur ein Vorbild, die 1983 gegründeten, später ebenfalls gescheiterten Partei der Republikaner.

In anderen europäischen Ländern wie Frankreich, Italien und Österreich gelang es vergleichbaren Parteien dagegen zur selben Zeit, sich in den Parteiensystemen dauerhaft zu etablieren. In Dänemark und Norwegen war das sogar schon in den Siebzigerjahren der Fall. Dass da etwas Neues entstanden war oder entstehen würde, hatten in der Politikwissenschaft in den Neunzigerjahren erst wenige auf dem Schirm. Frank Decker war einer von ihnen. Seine vergleichende Untersuchung über den **„Neuen Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien“**, mit der er sich 1999 an der Hamburger Bundeswehruniversität Helmut Schmidt habilitierte, war **die erste größere Arbeit über dieses Thema in der deutschsprachigen Politikwissenschaft und hatte in vielerlei Hinsicht Pioniercharakter**. Inzwischen lässt sich die Forschungslandschaft zum Populismus im Allgemeinen und Rechtspopulismus im Besonderen kaum mehr überblicken. Auch wenn sich Frank Decker – seinem Naturell entsprechend – ab Beginn der 2000er Jahre sowohl innerhalb als auch jenseits der Parteienforschung verstärkt anderen Themen zuwandte, sollte ihn der Rechtspopulismus nicht loslassen. So wie er die Entwicklungen auf europäischer Ebene kontinuierlich weiter aufmerksam beobachtete, so wandte er sich langfristig immer wieder der Frage zu, warum die Bundesrepublik in punkto Rechtspopulismus offensichtlich ein Ausnahmefall war.

Denn anders als in fast allen Ländern der OECD konnte sich hierzulande lange Zeit keine vergleichbare Partei bundesweit durchsetzen – es blieb bei vereinzelteten Erfolgen auf der Landesebene. 2012 resümierte Decker seine Erklärungen dafür in einem Aufsatz, was mit Blick auf die nur ein Jahr später stattfindende Gründung der AfD nicht ohne Ironie ist. Er machte darin im Wesentlichen drei Gründe für die Schwäche beziehungsweise das Scheitern des Rechtspopulismus in Deutschland aus: Erstens die fehlende Politisierung der Migrationsfrage, zweitens die bleibende Fähigkeit der Mitte-Rechts-Parteien und hier vor allem der Union, den rechten Rand zu integrieren, und drittens die gesellschaftliche und politische Stigmatisierung des Rechtsextremismus als Folge der NS-Vergangenheit. Doch auch das Bekanntwerden des vollen Ausmaßes der rechtsterroristischen Mordserie des NSU und der Verwicklungen des Staatsapparates darin überholten Deckers Diagnose an dieser Stelle.

Im Anbetracht der veränderten realpolitischen Ereignisse, **widmete sich Decker ab 2013 ebenso intensiv der AfD**, wie er das zuvor mit dem Rechtspopulismus in vergleichender Perspektive getan hatte. Als Erklärung für deren Durchbruch führte er an, dass von den drei der noch im Jahr zuvor als Hindernisse beschriebenen Faktoren zwei an Bedeutung eingebüßt beziehungsweise sich in das Gegenteil verkehrt hätten. Zum einen sei das

Migrationsthema aus der Tabuzone herausgeholt worden – hier schreibt er im Nachhinein der Sarrazin-Debatte im Sommer 2010 eine wichtige Rolle zu, mit der sich der diskursive Raum für den Rechtspopulismus geöffnet habe. Zum anderen sei im Zuge der gesellschaftspolitischen Liberalisierung der CDU unter Angela Merkel eine Nische für konservative, autoritäre und nationale Positionen geöffnet worden, in die der neue Akteur erfolgreich hineinspringen konnte. Den dritten Faktor – die Stigmatisierung des Extremismus – hielt Decker trotz des NSU aber weiterhin für wirksam. Noch 2021 nannte er ihn als Grund, warum die AfD bei der Bundestagswahl im Westen stärkere Stimmenverluste hinnehmen musste als im Osten, wo sie von Beginn an über ein in etwa doppelt so großes Wählerpotenzial verfügte.

Die aktuellen Umfrageergebnisse und der Ausgang der Landtagswahlen in Bayern und Hessen zeigen, dass auch dieser Erklärungsfaktor mittlerweile nicht mehr so stark ins Gewicht fällt. Den Extremismus hat die Politikwissenschaft weiterhin nicht erschöpfend beschrieben und erklärt. Es braucht also weiterhin die stetige selbstkritische Forschung, wie sie von Frank Decker betrieben wird.

Die Beschäftigung mit dem Populismus war für Frank Decker Anlass, sich, wie auch Kirchheimer, für das gesamte Feld der Parteienforschung zu öffnen und viele andere Forschungsfelder zu adressieren. Dazu gehörten und gehören etwa Fragen der Parteiorganisation, der gesellschaftlichen Entstehung von Parteien, des Verhältnisses der Parteien zum Staat und der Parteiotypologie. So setzte er sich zum Beispiel in einem 2019 publizierten Aufsatz kritisch mit der in Mode gekommenen Ansicht auseinander, die heutigen Parteiensysteme würden durch einen neuen Grundkonflikt geprägt, der zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Positionen verlaufe. Überhaupt wurde die **Analyse des bundesdeutschen Parteiensystems neben dem Rechtspopulismus zum weiteren Dauerthema der Parteienforschung**, das Decker bis heute unermüdlich bearbeitet. Sein Buch über die „**Parteiendemokratie im Wandel**“ wird demnächst in der dritten, und sein zusammen mit Viola Neu herausgegebenes „**Handbuch der deutschen Parteien**“ in der vierten Auflage erscheinen.

Für die Bundeszentrale für politische Bildung hat Decker ausführliche Dossiers zu den im Bundestag vertretenen Parteien verfasst, die, online verfügbar, eine große Reichweite haben und von ihm regelmäßig aktualisiert werden. Im nächsten Jahr möchte er zwei neue Einführungsdarstellungen vorlegen, zum Populismus und zu Parteien und Parteienforschung.

Dass Frank Decker ein fleißiger Schreiber ist, beweist auch ein Blick auf seine Publikationsliste, die mittlerweile knapp 700 Titel umfasst, darunter 40 selbst verfasste oder herausgegebene Bücher. Gut die Hälfte der Publikationen entfällt auf das Gebiet der Parteienforschung, rechnet man Randgebiete wie die Koalitionsforschung oder das Wahlrecht mit, sind es sogar fast zwei Drittel. Von den 30 Dissertationen, die er an der Universität Bonn betreut hat, fallen ebenfalls rund die Hälfte in die Parteienforschung.

Neben den Parteien hat Frank Decker vor allem über institutionelle Fragen und den Vergleich von demokratischen Regierungssystemen gearbeitet und dabei so gut wie kein Thema ausgelassen: Föderalismus, Wahlrecht, parlamentarischer System, politische Partizipation, direkte Demokratie. Auch hier kommen die Parteien ins Spiel, weil sie diese Bereiche als Verfassungsinstitutionen und allgegenwärtige Akteure miteinander verklammern. Deckers langjährige Beschäftigung mit dem deutschen Regierungssystem mündete 2022 in eine monografische Gesamt- und Überblicksdarstellung, die unter dem Titel **„Die deutsche Demokratie“** bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen und erhältlich ist.

Diese beeindruckende Publikationstätigkeit macht Frank Decker auch zu einem vielgefragten und -beschäftigten Vortragsredner. Neben Einladungen aus vielen europäischen Ländern und Konferenzteilnahmen in den USA, Kanada, Israel, Ägypten und China bildet dabei der Bereich der politischen Bildung mit allein über 500 Vorträgen in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten den Hauptschwerpunkt. **Decker setzt sich aktiv für die Demokratie ein und wirbt unverdrossen für die Prinzipien der liberalen, repräsentativen Parteiendemokratie, die er durch den autoritären Populismus gefährdet sieht.**

Er tut das an Schulen, außerschulischen Bildungseinrichtungen, kirchlichen Akademien und im Rahmen der Erwachsenen- und Lehrerfortbildung. Eine Reihe seiner Texte zu Parteien, Demokratie und Populismus sind in Politik- und Sozialkundebüchern eingestellt und haben Eingang in den Schulunterricht gefunden.

Neben den am Schreibtisch arbeitenden Wissenschaftler und den auf Podien auftretenden politischen Aufklärer tritt drittens schließlich der Publizist und Berater. Frank Decker hat sich nie als Forscher im Elfenbeinturm verstanden, sondern immer Wert daraufgelegt, in die Öffentlichkeit und Politik hineinzuwirken, also das zu betreiben, was die Universitäten als Transfer beschreiben

und von ihren Wissenschaftlern erwarten. Neben Interviews und Stellungnahmen zum politischen Tagesgeschehen, für die er zum Beispiel vom Bonner Fernsehsender Phoenix häufig angefragt wird, sind Artikel in Tages- und Wochenzeitungen Deckers bevorzugtes Medium und machen einen erheblichen Teil seiner Publikationsliste aus.

Die aus seiner Sicht gelungensten Beiträge hat er in zwei Büchern zusammengetragen, die unter dem Titel **„Wenn die Populisten kommen“** und **„Baustellen der Demokratie“**, die 2013, beziehungsweise 2021 erschienen sind. Sie bieten interessante Proben auf die Analyse- und Prognosefähigkeit des Autors – gerade auch dort, wo er mit seinen Einschätzungen danebenliegt.

Frank Decker greift vor allem dann in Debatten ein, wenn er glaubt, dass politisch etwas schief läuft, oder wenn er meint, vorherrschenden oder populären Ansichten eine vielleicht weniger populäre Sichtweise entgegenhalten zu müssen. Was ihn reizt, ist der Widerspruch. So hat er sich in wiederkehrenden Beiträgen wie zuletzt im Berliner Tagesspiegel immer wieder gegen die in Deutschland kaum hinterfragte Praxis ausgesprochen, die Wahl des Kanzlers oder der Ministerpräsidenten im Parlament in geheimer Abstimmung durchzuführen, worin er einen Verstoß gegen demokratische Prinzipien sieht. Die sich über eineinhalb Jahrzehnte hinziehende Unfähigkeit des Gesetzgebers, den stark vergrößerten Bundestag durch eine Wahlrechtsreform wieder auf Normalmaß zurückzuführen, wurde von ihm wiederholt kritisiert.

Aktuell reibt sich Frank Decker am Vorhaben aller Bundestagsparteien mit Ausnahme der AfD, die Wahlperiode von vier auf fünf Jahre zu verlängern. In einem Anfang September erschienenen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hat er dargelegt, dass es dafür keine triftigen Gründe gibt, es sei denn, man hielte die institutionellen Eigeninteressen der Parteien und Abgeordneten für solche.

Ihre wohl größte Wirkung haben die Interventionen von Frank Decker bei einem Thema entfaltet, das ihn wissenschaftlich ebenfalls seit mehr als zwei Jahrzehnten umtreibt, nämlich der Frage, ob man die repräsentative Parteiendemokratie durch direktdemokratische Entscheidungsverfahren, also plebiszitäre Elemente, ergänzen müsse. Seine in vielen Artikeln zum Ausdruck gebrachte Skepsis hat er 2016 in einem Buch zusammengefasst, das den Titel **„Der Irrweg der Volksgesetzgebung“** trägt und von ihm bewusst als „Streitschrift“ angelegt wurde.

Inzwischen wird die Forderung, die in den Bundesländern vorhandenen, aber selten praktizierten Volksrechte auch in das Grundgesetz zu übernehmen, von ihren einstigen Befürwortern kaum noch vertreten. Das gilt nicht zuletzt für die SPD, wo Frank Decker seine Funktion als Mitglied der Grundwertekommission erfolgreich genutzt hat, um für eine Abkehr von der überkommenen Programmatik zu werben. Inzwischen setzt die SPD genauso wie die Grünen anstelle der direkten Demokratie auf andere, nichtbindenden Formen der deliberativen Bürgerbeteiligung, um die vorhandenen Repräsentationsschwächen der Parteiendemokratie auszugleichen.

Auch damit hat sich Frank Decker kritisch auseinandergesetzt. Die Erwartungen, die aktuell zum Beispiel in sogenannte „Bürgerräte“ gesetzt werden, hält er nicht nur für überzogen, sondern für potenziell gefährlich, weil sie das Verständnis der Funktionsbedingungen der parlamentarischen Parteiendemokratie weiter untergraben könne.

Frank Decker hat die Reformprozesse der parlamentarischen Parteiendemokratie durch seine Teilnahme an Anhörungen, Gutachten und schriftliche Stellungnahmen in verschiedenen Landesparlamenten und im Bundestag kontinuierlich begleitet. Von 2019 bis 2021 war er zum Beispiel sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Subsidiarität und Partizipation“ im nordrhein-westfälischen Landtag. Im Verfahren um die staatliche Parteienfinanzierung stützte er 2021 als Sachverständiger vor dem Bundesverfassungsgericht die Position von Union und SPD, wonach eine Erhöhung der absoluten Obergrenze gerechtfertigt sei, weil den Parteien durch die Digitalisierung und die vermehrt stattfindenden Urwahlen und Mitgliederentscheide zusätzliche Kosten entstünden. Obwohl das Gericht der Klage der Opposition gegen das Gesetz am Ende stattgab, ist es in der Sache dieser Argumentation gefolgt, was den Parteien jetzt die Möglichkeit gibt, die Parteienfinanzierung in ihrem Sinne neu und rechtssicher zu regeln.

Abschließend möchte ich noch drei weitere Verpflichtungen von Frank Decker erwähnen, die ebenfalls alle in den Bereich Transfer hineinfallen. Seit 2022 gibt er die sozialwissenschaftliche Zeitschrift „**Indes**“ heraus, die er aus Göttingen, wo sie von der Einstellung bedroht war, an die Universität Bonn geholt hat. Seit mittlerweile zehn Jahren gehört er der Grundwertekommission der SPD an, die von seiner Expertise nicht nur in den oben angesprochenen demokratiepolitischen und institutionenbezogenen Themen profitiert. Und 2011 hat er

die wissenschaftliche Leitung der von Bodo Hombach gegründeten und heute von Sigmar Gabriel und Armin Laschet geleiteten „**Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)**“ übernommen, um dort praxisnahe Forschungsvorhaben durchzuführen. In der Grundwertekommission und in der Bonner Akademie habe ich in den letzten Jahren regelmäßig mit Frank Decker zusammengearbeitet und ihn als professionellen und zuverlässigen Mitstreiter kennengelernt, so zum Beispiel im Rahmen eines Projekts über die „sozial-ökologische Transformation“, dessen Ergebnisse demnächst in einer Buchpublikation zugänglich gemacht werden.

Frank Decker leistet mit seinen Arbeiten nicht nur einen wichtigen wissenschaftlichen, sondern auch gesellschaftlichen Beitrag. Er betreibt keine abgehobene und lebensferne Wissenschaft, sondern eine, die Orientierung geben kann und Probleme lösen will.

Er steht nicht nur in der Tradition von Kirchheimer, er entwickelt sie weiter und beweist damit, dass die Politikwissenschaften einen wichtigen Beitrag zum Verständnis unserer Zeit leisten können. Die Auszeichnung mit dem Otto Kirchheimer-Preis würde den Namensgeber mehr als erfreuen. Somit möchte ich an dieser Stelle die Auswahl des Preisträgers würdigen und dir lieber Frank, ganz herzlich gratulieren.

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder ■



Gudrun Hotz-Friese
Harald Friese

PREISVERLEIHUNG

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mergel, lieber Harry,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Diepgen,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Christner, liebe Agnes,
sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Bay,
sehr geehrte Damen und Herren,

namens des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preises e.V. begrüßen meine Frau und ich Sie anlässlich der heutigen Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2023 an Professor Frank Decker und danken Ihnen für Ihr Kommen.

Herr Professor Decker, herzlich willkommen in Heilbronn, Sie sind der Preisträger des Jahres 2023. Wir sind gespannt auf Ihren Festvortrag.

Mein Willkommensgruß gilt auch Ihnen, sehr geehrter Herr Professor Schroeder verbunden mit dem Dank für Ihre beeindruckende Laudatio.

Es war eine Laudatio, die dazu zwingt, unseren Preisträger zu fragen, wann er das alles macht, was unser Laudator aufgezählt hat.

Ich begrüße sehr herzlich Frau Professorin Isabelle Borucki von der Philipps-Universität Marburg, die unsere Podiumsdiskussion bereichern wird. Vielen Dank für Ihr Kommen.

Gestern Abend wurde hektisch telefoniert. Die kurzfristige Streikankündigung von Weselsky machte eine Anreise zur heutigen Preisverleihung mit der Bahn unmöglich. Alle Akteure haben lange Fahrten mit dem Auto in Kauf genommen, um pünktlich in Heilbronn zu sein. Dafür meinen ganz herzlichen Dank.

Zweck des Fördervereins ist, die Erinnerung an den Heilbronner Politikwissenschaftler Otto Kirchheimer zu bewahren. Der Förderverein will damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der von Otto Kirchheimer formulierten wissenschaftlichen Theorien auf der Grundlage empirischer Befunde zum Verhältnis von Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt innerhalb einer Parteiendemokratie zu leisten. Der Preis soll Persönlichkeiten würdigen, die in der Demokratie und Parteienforschung Zeichen gesetzt haben.

Die Preisträger werden von einem Wissenschaftlichen Beirat vorgeschlagen.

Ich begrüße sehr herzlich den Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirates, Professor Ulrich von Alemann und die Mitglieder Professorin Ursula Münch und Professor Christhard Schrenk. Entschuldigen muss ich die Mitglieder Professor Reinhard Meyers und Professor Ralf Kleinfeld, die aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen können. Professorin Sophie Schönberger nimmt heute an einer Anhörung im nordrhein-westfälischen Landtag teil.

Mein Dank gilt dem Wissenschaftlichen Beirat, der seit 1915 in der Wissenschaft angesehene und renommierte Preisträger vorgeschlagen hat. Wir haben heute ein kleines Jubiläum: Der Otto Kirchheimer-Preis wird zum 5. Mal verliehen. Auf unsere Preisträger können wir stolz sein: Professor Ulrich von Alemann, den ich schon genannt habe, Professor Oskar Niedermayer, Professor Andreas Voßkuhle und Professor Elmar Wiesendahl. Ebenfalls sehr herzlich begrüße ich die Mitglieder des Vorstandes des Fördervereins Herrn Thomas Randecker, Herrn Rainer Hinderer und meine Frau, die als Schriftführerin tätig ist und unsere Schatzmeisterin, Frau Regierungspräsidentin Susanne Bay.

Der 9. November ist in unserer Geschichte ein ambivalenter Tag: 1918 die Ausrufung der Republik, 1923 der gescheiterte Staatsputsch von Hitler, 1989 der Fall der Mauer. Heute vor einer Woche gedachten wir der Reichsprogromnacht vor 85 Jahren – eine Nacht, in der nazistische Mobs 1200 Synagogen niederbrannten, jüdische Geschäfte zerstört und geplündert und Juden zu Tode geprügelt haben.

Die Bevölkerung nahm dies schweigend zur Kenntnis - und niemand konnte mehr sagen, er habe nicht gewusst, dass der Nationalsozialismus ein verbrecherisches System ist. Für die Nazis war die Reaktion der Bevölkerung ein Signal, dass man bei der Durchsetzung der NS-Ideologie keine Rücksicht mehr nehmen muss.

Der 9. November 2023 wäre für Otto Kirchheimer ein wichtiger Tag gewesen, wenn er ihn erlebt hätte. Aber auch 58 Jahre nach seinem Tod 1965 ist es ein wichtiger Tag, weil das an ihm begangene Unrecht beseitigt wurde. Dies bedarf der Erläuterung.

Auf Wunsch unseres Preisträgers hat der Förderverein den Bonner General-Anzeiger vorab über die Preisverleihung informiert, die in der Stadtgesellschaft und der der Universität Bonn heftige Reaktionen hervorrief.

Dr. Martin Schumacher, Generalsekretär a.D. der amtlichen „Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus“ hat in einem Leserbrief darauf hingewiesen, dass Otto Kirchheimer an der Universität Bonn zum Doktor der Rechte promoviert wurde. Ihm wurde Ende 1938 wegen seiner Zugehörigkeit zur „jüdischen Rasse“ die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen. Der Entzug der Staatsangehörigkeit erstreckte sich auch auf die Ehefrau, „die durch ihr Verhalten die Handlungen ihres Ehemannes billigte“.

Aufgrund der Ausbürgerung war Kirchheimer unwürdig, einen deutschen akademischen Grad zu tragen. Im Januar 1939 beschloss die Universität Bonn gemäß der Promotionsordnung, Otto Kirchheimer den Dokortitel zu entziehen. Dies wurde im Reichsanzeiger veröffentlicht, zu dem jeder Zugang hatte.

Martin Schumacher stellt in seinem Buch „**Ausgebürgert unter dem Hakenkreuz. Rassisch und politisch verfolgte Rechtsanwälte**“ bitter fest: „Ein besonderes Interesse der juristischen Fakultäten an der Aufarbeitung dieser braunen Vergangenheit ist nicht erkennbar. Die im universitären Bereich äußerst wirksame Verdrängungs- und Schweigespirale hat eine selbstkritische Aufarbeitung der Depromotion unter dem Hakenkreuz verhindert.“

Erst im Jahre 1998 hat sich der Senat der Universität Bonn mit der Aberkennung von Doktorgraden in der NS-Zeit befasst und 59 Personen die aberkannnten Promotionen wieder zuerkannt. Otto Kirchheimer war nicht dabei.

Der Senat der Universität Bonn hat nun in seiner Sitzung am 9. November 2023, 84 Jahre nach der Aberkennung der Promotion, beschlossen, „vier vom NS-Regime als Juden oder anderen ideologischen Gründen Verfolgte zu rehabilitieren.“ Er bestätigt das Recht Otto Kirchheimers zur Führung der an der Universität Bonn erworbenen akademischen Grade.

Diese Entscheidung erfolgte sehr spät. Für Otto Kirchheimer war sie aber zu spät, er starb 1965. Aber eine Wiedergutmachung ist nie zu spät.

Für die Familie von Otto Kirchheimer ist es eine späte Genugtuung, zu der unser Preisträger durch seine Recherchen wesentlich beigetragen hat. Herr Professor Decker, vielen Dank!

Nun bitte ich meine Frau zusammen mit mir den Otto Kirchheimer-Peis 2023 an Prof. Dr. Frank Decker zu verleihen.

**Gudrun Hotz-Friese
Harald Friese ■**



In Anerkennung
seiner herausragenden Verdienste
um die Parteien- und Demokratieforschung
verleiht der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. an

**Professor Dr.
Frank Decker**

den mit 10.000 Euro dotierten
Otto Kirchheimer-Preis 2023

Heilbronn, den 16. November 2023

Harald Frieze
Vorsitzender

Thomas Randecker
Stellvertretender Vorsitzender

Rainer Hinderer
Stellvertretender Vorsitzender

Gudrun Hotz-Frieze
Schriftführerin

Susanne Bay
Schatzmeisterin



Aufnahme: Stadtarchiv Heilbronn/ B. Kimmerle



Preisübergabe Otto Kirchheimer-Preis 2023 | 16.11.2023

(v.l.): **Harry Mergel** (Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn)

Gudrun Hotz-Friese (Schriftführerin Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.)

Professor Dr. Frank Decker (Politikwissenschaftler)

Harald Friese (Vorsitzender Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.)



Aufnahmen: Stadtarchiv Heilbronn/ B. Kimmerle

Preisverleihung Otto Kirchheimer-Preis 2023
im Großen Saal, Rathaus Heilbronn | 16.11.2023



Preisübergabe Otto Kirchheimer-Preis 2023 | 16.11.2023

(v.l.): Gudrun Hotz-Friese
 Prof. Dr. Frank Decker
 Harald Friese



Professor Dr. Frank Decler
Presiträger

Aufnahme: Stadtarchiv Heilbronn/ B. Kimmerle



Harry Mergel
Oberbürgermeister



Professor Dr. Wolfgang Schroeder
Laudator



Harald Frieze
Vorsitzender Förderverein
Otto Kirchheimer-Preis e.V.



Aufnahme: Stadtarchiv Heilbronn/ B. Kimmerle





Teilnehmer der Podiumsdiskussion Otto Kirchheimer-Preis 2023

(v.l.): Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
 Prof. Dr. Frank Decker
 Prof. Dr. Isabelle Borucki
 Prof. Dr. Ulrich von Alemann (Moderation)



© Vanessa Wittenburg

Prof. Dr. Frank Decker

Gespaltene Gesellschaft, polarisierte Politik?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mergel,
sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
liebes Stifterehepaar Gudrun Hotz-Friese und Harald Friese,
lieber Ulrich,
lieber Wolfgang,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine große Ehre und Freude, dass ich diesen Preis bekomme. Und Harald Friese hat ja eben auf etwas hingewiesen, das diese Freude noch vergrößert hat. Vor einer Woche, am 9. November, ein Datum der deutschen Geschichte mit hoher Symbolkraft, hat der Senat meiner Universität, der Universität Bonn, das gegen Otto Kirchheimer begangene Unrecht auch förmlich wiedergutmacht. Und dass die Preisverleihung an meine Person dazu beigetragen hat, dass es jetzt endlich dazu gekommen ist, das macht mich zusätzlich stolz und bringt mich dazu, meinen Dank auszusprechen, vor allem an Sie beide, Frau Hotz-Friese und Herrn Friese, dass Sie diesen Preis ins Leben gerufen haben und damit eben an Otto Kirchheimer erinnern. Der Dank gebührt auch der Stadt Heilbronn, dass sie sich hinter diese Initiative gestellt hat.

Und ich bedanke mich natürlich auch bei meinem Freund und Kollegen Wolfgang Schroeder. Wolfgang, du hast mich mit deiner Würdigung an Dinge erinnert, die mir selber schon ein Stück weit entfallen waren. Und du hast meinen Arbeiten in der Tat eine Struktur gegeben, die ich vielleicht selber gar nicht so gesehen habe. Also ganz herzlichen Dank dafür. Und last but not least möchte ich mich auch bei Ulrich von Alemann bedanken, dem wissenschaftlichen Begleiter, wenn man das so sagen kann, dieser Preisverleihung.

Was hat ein Parteienforscher zur Krise der Demokratie oder zur vermeintlichen Krise der Demokratie zu sagen. Demokratien, die diesen Namen verdienen, sind freiheitliche und pluralistische Demokratien. Ihr Wesen ist „gestatteter, ausgetragener, geregelter Konflikt“, so hat es Ralf Dahrendorf einmal ausgedrückt. Konflikte kann es auch in nicht-demokratischen Gesellschaften geben. Dort sind sie aber zunächst nur ein empirisches Faktum, vor allem in Gestalt von Machtkonflikten, und kein normativ akzeptiertes Prinzip. Die Akzeptanz von Konflikten ergibt sich aus der Anerkennung der Legitimität von Meinungs- und Interessenunterschieden. Diese Unterschiede werden nicht nur als gegeben, sondern als wichtig und wünschenswert betrachtet, weil sie zur schöpferischen Selbstverbesserung der Gesellschaft beitragen. Es ist also nicht der Konflikt als solcher, der die Demokratie in ihrem Kern ausmacht, sondern der Glaube an den Wert der Vielfalt. Anknüpfend an diese Prämisse bemisst sich die Qualität von Demokratien daran, wie in ihnen Konflikte ausgetragen werden.

Es ist also nicht der Konflikt als solcher, der die Demokratie in ihrem Kern ausmacht, sondern der Glaube an den Wert der Vielfalt.

Erstens muss es friedlich-schiedlich zugehen. Das bedeutet, dass die Konfliktteilnehmer sich in der Auseinandersetzung an bestimmte Regeln halten und das Ergebnis der Auseinandersetzung, wenn sie in einen Beschluss mündet, akzeptieren. Eine zentrale Rolle kommt der Mehrheitsregel zu; sie stellt für die Angehörigen der unterliegenden Minderheit eine Zumutung dar, die sie ertragen müssen. **Demokratien brauchen mithin einen Grundkonsens über demokratische Werte und Verfahren. Diese sind dem politischen Streit entzogen, stehen also nicht zur Disposition.**

Zweitens muss der Konfliktaustrag lösungsorientiert sein. Dies setzt sowohl eine Orientierung an der Sache selbst voraus, die nicht mit sachfremden Motiven vermischt werden sollte, als auch die Bereitschaft zur Mäßigung und Kompromissbildung, damit eine Entscheidung überhaupt zustande kommt und die Teilnehmer sich nicht wechselseitig blockieren.

Drittens schließlich sollten die Konflikte so ausgetragen werden, dass sie ein Maximum an allgemeiner Wohlfahrt herbeiführen. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Qualität des Diskussions- und Beratungsprozesses, welcher der Entscheidung vorausgeht. Theoretiker der deliberativen Demokratie wie Jürgen Habermas betrachten diese als diskursiven und öffentlich gemachten Austausch von Argumenten gleichberechtigter Teilnehmer, bei dem das bessere Argument im Idealfalle die Oberhand behält.

Nun konzentriere ich mich auf die beiden zuerst genannten Prinzipien, den friedlichen Austrag der Konflikte und die Kompromissbereitschaft. Denn diese gewinnen für die Demokratie gleichsam existenzielle Bedeutung, während eine Einbuße an Leistungs- und Regierungsfähigkeit, die eine Folge minderer Entscheidungsqualität darstellt, von demokratisch regierten Gesellschaften in gewissen Grenzen durchaus verkraftet werden kann. Und es sind gerade sie, die heute zunehmend ins Wanken geraten und vielerorts als längst nicht mehr selbstverständlich betrachtet werden.

**Friedlicher Konfliktaustrag
und Kompromissbereitschaft
sind für Demokratien
überlebenswichtig.**

Nicht nur hat die Zahl der als konsolidiert geltenden Demokratien weltweit seit Mitte der 2000er-Jahre abgenommen. Auch in manchen altherwürdigen Demokratien wird deren Stabilität durch illiberale und autoritäre Tendenzen im Inneren bedroht, man denke etwa an die USA. Einige Politikwissenschaftler warnen in diesem Zusammenhang bereits beschwörend vor einem „Niedergang“ oder „Zerfall“ der Demokratie, andere sprechen neutraler von einem „Rückschritt“.

Wie lässt sich diese besorgniserregende Entwicklung, die ihren Hauptausdruck im Aufstieg eines aggressiv auftretenden, demokratiefeindlichen Populismus findet, erklären? Und warum findet dieser Populismus in unseren Gesellschaften wachsende Unterstützung?

Um Antworten darauf zu finden, müssen wir sowohl auf die Nachfrageseite der Bürger als auch auf die Angebotsseite der politischen Wettbewerber blicken.

Auf der Nachfrageseite lassen sich die Ursachen der Unzufriedenheit, die einen zunehmenden Teil der Bürger von den Entscheidungsträgern in Staat und Parteien entfremdet und in die Arme der Populisten treibt, vielleicht am besten mit dem Begriff der „Verunsicherung“ auf einen Nenner bringen. Langfristige Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft und die immer kürzere Abfolge sich verdichtender Krisenereignisse in den letzten beiden Jahrzehnten kommen dabei zusammen. Zu den langfristigen Veränderungen gehören die seit den Neunzigerjahren beschleunigte Globalisierung, die damit verbundene Unterwerfung der Politik unter die Imperative des Marktes, die verstärkten Tendenzen der „Individualisierung“ und „Singularisierung“ in einer diverser werdenden Gesellschaft und die Notwendigkeit einer umfassenden ökologischen Transformation der Wirtschaft, die der Klimawandel bedingt.

Die verdichteten Krisenereignisse setzten mit der am 11. September 2001 in den USA begonnenen Serie islamistischer Terroranschläge ein. Ihr folgte ab 2007 die weltweite Finanzkrise. Sie mündete in Europa in eine Krise der Währungsunion, die vor allem die südeuropäischen Länder hart traf und bei der Griechenland 2015 nur knapp seinem Ausschluss entging. Im selben Jahr spitzte sich die Flüchtlingssituation durch die Kriege im Nahen Osten und den Zustrom aus Teilen Afrikas dramatisch zu, was in der Bundesrepublik zu heftigen innenpolitischen Verwerfungen führte und dem Rechtspopulismus in Gestalt der 2013 im Gefolge der Eurokrise entstandenen AfD zum Durchbruch verhalf.

Auch andernorts verstärkten sich die Fliehkräfte. 2016 stimmte eine knappe Mehrheit der Briten für den Austritt ihres Landes aus der EU. Und in den USA beendete die Wahl des Anti-Politikers und erklärten EU-Gegners Donald Trump zum US-Präsidenten im selben Jahr die Ära des Multilateralismus und der verlässlichen transatlantischen Partnerschaft.

Als ob das noch nicht genug wäre, traf die demokratische Staatengemeinschaft ein anderes, unerwartetes Krisenereignis 2020 ohne Vorwarnung: die Coronapandemie. Mit ihr gerieten die Demokratien – auch die deutsche – eineinhalb Jahre lang in einen Ausnahmezustand, mussten doch im Kampf gegen das Virus zum ersten Mal Freiheitsrechte drastisch eingeschränkt werden. Und kaum war die Coronadebatte abgeflacht, sahen sich die Regierungen in Europa und den USA durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine seit 2022 einer weiteren, bis dahin nicht gekannten Herausforderung gegenüber, die mit der steigenden Inflation und drohenden Energieverknappung zugleich massive ökonomische Folgen nach sich zog.

Zukunftsangst und wachsender Vertrauensverlust und sind die sichtbarsten Folgen dieser Verunsicherung.

Dass all diese Entwicklungen und Ereignisse zur Verunsicherung erheblicher Teile der Bevölkerung geführt haben, kann nicht überraschen. Ablesbar ist sie an wachsender Zukunftsangst und dem Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen.

Laut einer Studie, die wir im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt haben, erwarteten im Juli/August 2022 nicht einmal ein Fünftel der Befragten von der Zukunft etwas Besseres. Man muss nicht bis in die Siebziger-

jahre zurückblicken, als dieser Wert noch bei 90 Prozent lag, um die Tragweite des Befundes zu begreifen. **Am meisten Sorgen machen den Menschen der Klimawandel, die wachsende Kriegsgefahr, die zunehmende Feindlichkeit in der Gesellschaft und hier speziell der Rechtsextremismus sowie die drohenden Wohlstandsverluste.**

Die Ostdeutschen sorgen sich vor Kriegsgefahr und Wohlstandsverlusten stärker als die Westdeutschen. Noch größer ist der Abstand bei der Zuwanderung, die im Westen 2022 mehrheitlich nicht als sorgenbereitendes Problem betrachtet worden ist, im Osten aber von mehr als zwei Dritteln.

Die Unsicherheit, die aus diesen Zahlen spricht, hat eine ökonomische und kulturelle Dimension. Damit knüpft sie an die beiden Grundkonflikte an, die unsere Gesellschaften politisch prägen und die Struktur ihrer Parteiensysteme bestimmen. In der ökonomischen Sphäre geht es um Verteilungsfragen. Hier stehen sich die Grundpositionen der Marktfreiheit und staatlichen Intervention gegenüber. Die einen sehen die Ergebnisse des Marktes im Prinzip als gerecht an, die anderen möchten sie im Sinne einer größeren sozialen Gleichheit politisch korrigieren. In der kulturellen Sphäre haben wir es mit Wertekonflikten zu tun. Wurden diese früher (und in manchen Gesellschaften auch gegenwärtig noch) durch die Religion oder Konfession geprägt, liegen ihr heute allgemeinere Einstellungsmuster zugrunde. Auf der einen Seite stehen liberale Haltungen wie Nonkonformismus, Kosmopolitismus und Multikulturalität, auf der anderen Seite konservative oder autoritäre Positionen wie Ordnungsdenken, Festhalten an konventionellen Lebensformen, Nationalismus und Vorbehalte gegenüber Minderheiten.

Die Unsicherheit hat eine ökonomische und eine kulturelle Dimension.

Die Theorien des postmaterialistischen Wertewandels und der Mainstream der Populismusforschung gehen davon aus, dass der Werte- gegenüber dem Verteilungskonflikt generell an Bedeutung gewonnen hat. Der Rechtspopulismus wird dabei häufig als Reaktion auf die linksliberale sogenannte Identitätspolitik interpretiert. Hier könnte zugleich eine Erklärung für die zunehmende Polarisierung der Parteiensysteme und das Auftreten demokratiegefährdender Tendenzen liegen: Identitätspolitische Fragen sind als „Wahrheitsfragen“ hochgradig moralisch aufgeladen und von daher weniger für die Kompromissbildung geeignet als Verteilungsfragen.

In den USA lässt sich dieser Rigorismus etwa bei den militanten Abtreibungsgegnern beobachten, in Europa bei den „Skeptikern“ der Zuwanderung und – neuerdings – bei den Verfechtern eines strengen Klimaschutzes.

Wer in der Abtreibung einen Verstoß gegen das göttliche Recht sieht oder wer glaubt, dass ein Land sich durch die Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen selbst „abschafft“, wird denen, die Abtreibungen zulassen und die Zuwanderung ermöglichen, wenig Toleranz entgegenbringen. Der politische Gegner gerät so leicht zum Feind, dem man die moralische Integrität und damit zugleich die demokratische Legitimität grundsätzlich abspricht. Ein solcher Feind gehört nicht nur bekämpft, sondern muss ausgeschaltet werden. Dafür sind dann auch undemokratische oder ungesetzliche Mittel recht.

Die These einer Dominanz der Wertepolitik bedarf allerdings in zweierlei Hinsicht der Relativierung. Zum einen besagt sie nicht, dass die Verteilungskonflikte im Gegenzug an Relevanz eingebüßt hätten. Bis in die Siebzigerjahre hinein, als die Reallöhne kontinuierlich stiegen und der Sozialstaat ausgebaut wurde, konnten alle Gruppen vom Wachstum profitieren. Die seither einsetzenden Transformationsprozesse – von der Industrie- zur Dienstleistungs- und von der Dienstleistungs- zur heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft – waren und sind dagegen durch eine wachsende Zahl von Verlierern gekennzeichnet. **Viele Menschen erfahren durch Niedriglöhne und Leistungskürzungen Einbußen und fühlen sich von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt.** Mit der ökologischen Transformation stehen jetzt weitere, vielleicht noch größere Verwerfungen ins Haus, auf die die Parteien konzeptionell bislang kaum vorbereitet sind.

Zum anderen lässt sich eine genaue Trennlinie zwischen ökonomischen und wertebezogenen Konflikten häufig gar nicht ziehen, da beide eng miteinander verwoben sind.

Das zeigt sich etwa beim Thema Migration. Wertebezogene Konflikte über die kulturelle Zugehörigkeit der Zuwanderer verquicken sich hier mit verteilungsbezogenen Auseinandersetzungen um Löhne und staatliche Leistungen, die vor allem das untere Drittel oder Viertel der Bevölkerung, aber auch die um ihren Abstieg fürchtenden Mittelschichten betreffen. Andere, denen es wirtschaftlich vielleicht noch besser geht, finden wiederum die Tendenzen der Singularisierung und multikulturellen Vielfalt verstörend, die Soziologen wie Andreas Reckwitz als Kennzeichen der heutigen Moderne beschreiben. Sie gewinnen ihnen jedenfalls nicht nur Positives ab, fühlen sich durch sie in ihrer eigenen Arbeit und Lebensführung entwertet. Beides zusammengekommen lässt den Zusammenhalt in der Gesellschaft, der die Grundlage sozialen und politischen Vertrauens darstellt, erodieren.

Wie die ökonomischen und kulturellen Ursachen der Demokratiekrise genau zusammenwirken, bleibt unter den Interpreten des Rechtspopulismus umstritten. Die von manchen vertretene These, die kulturellen Konflikte dienten den populistischen Akteuren lediglich dazu, von den politisch wichtigeren wirtschaftlichen und sozialen Problemen abzulenken, greift zu kurz. Sie übersieht zum Beispiel, dass der kulturelle Konflikt sich aus unterschiedlichen Streitfragen und Unterkonflikten zusammensetzt, die verteilungspolitisch nicht alle die gleiche Relevanz besitzen wie die Zuwanderung. Die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen nimmt niemanden etwas weg. Gleichzeitig behalten die wertebezogenen Konflikte jenseits der verteilungspolitischen Aspekte eine eigenständige Bedeutung – und zwar umso mehr, je größer die kulturellen Unterschiede zwischen den Zuwanderern und der sie aufnehmenden Mehrheitsgesellschaft sind.

Ökonomische und kulturelle Konflikte sind eng miteinander verwoben.

Neben der Nachfrageseite muss sich die Aufmerksamkeit auf die Angebotsseite des politischen Systems und deren Veränderungen richten. Ein Erfolgsfaktor des Rechtspopulismus, der lange Zeit ausgeblendet wurde, weil er in der Etablierungsphase der meisten dieser Parteien in den Achtziger- und Neunzigerjahren noch keine Bedeutung hatte, betrifft das Aufkommen der sozialen Medien und den durch sie verursachten Wandel der Öffentlichkeit.

Auch ohne klare Befunde der hierzu erst langsam einsetzenden Forschung entzündet die Frage leidenschaftliche Kontroversen. Wohlwollende Stimmen loben den Beitrag der sozialen Netzwerke zur Erweiterung der Meinungsfreiheit, Vergrößerung der publizistischen Vielfalt und Ermöglichung politischer Partizipation. Kritiker verweisen auf die Gefahren einer zunehmenden Fragmentierung und Polarisierung der Öffentlichkeit, die das Schwinden des gesellschaftlichen Zusammenhalts befördere und die auf gegenseitigem Respekt und Kompromisswillen gründenden Funktionsbedingungen der Demokratie untergrabe.

Das Neuartige der neuen Medien liegt in ihrem Plattformcharakter. Sie heben den im traditionellen System bestehenden Gegensatz von Erzeugern und Rezipienten der Medieninhalte auf, indem sie jedem oder jeder Einzelnen gestatten, sich im öffentlichen Meinungskampf zu Wort zu melden und damit quasi journalistisch tätig zu werden.

Was früher vielleicht genauso gedacht und an den Stammtischen ausgesprochen wurde, dort aber im geschützten Raum blieb, kann heute ungeschützt und ungefiltert in die Öffentlichkeit „hinausposaunt“ werden.

In die so produzierten Erregungswellen müssen auch die traditionellen Medien einstimmen, wenn sie Aufmerksamkeit generieren und behalten wollen – und zwar mit immer größerer Schlagzahl.

Auf der politischen Akteursseite lässt sich die Vermutung eines bevorzugten Einsatzes der sozialen Medien durch die Außenseiter eindrucksvoll bestätigen. So wie die Rechtspopulisten in anderen Ländern, hat die AfD in der Bundesrepublik bei Facebook, TikTok und Co. deutlich die Nase vorn.

Der Kommunikationswissenschaftler Johannes Hillje charakterisiert die AfD als „digitale Massenkommunikationspartei“ neuen Stils, der es unter den Bedingungen der Digitalisierung gelungen sei, „als Partei selbst zum Massenmedium“ zu werden. Einen großen Teil ihrer Organisations- und Kampagnenstärke verdankt die AfD der Möglichkeit, ihre Wähler unter Umgehung der herkömmlichen Medien über die sozialen Netzwerke direkt anzusprechen. Um dort Aufmerksamkeit zu erzeugen, setzt sie auf bewusste politische Provokationen. Gleichzeitig ermöglicht ihr das Nicht-Angewiesensein auf die traditionellen Medien, diese als Teil des politischen Establishments zu brandmarken, das mit den Regierenden unter einer Decke stecke. Dies gelte vor allem für den angeblich von den Parteien beherrschten öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Die neuen Formen der „unbeaufsichtigten“ Rede werfen aus demokratischer und rechtsstaatlicher Sicht vielfältige Probleme auf – etwa mit Blick auf die Verbreitung von Hasspropaganda oder gezielten Falschnachrichten. Sie durch regulatorische Maßnahmen in den Griff zu bekommen, ist nicht nur faktisch schwierig, sondern auch rechtlich, weil es eine klare Grenze zwischen verwerflichen und noch zulässigen Meinungsäußerungen nicht gibt.

Die neuen Formen der unbeaufsichtigten Rede stellen die Demokratie vor ungeahnte Herausforderungen.

Dies lenkt den Blick auf die Frage, wie die demokratischen Institutionen und Akteure mit dem Populismus umgehen und wie sie die Demokratie vor Extremismus schützen sollen. Die hierzu gemachten Vorschläge wirken in ihrer

Allgemeinheit manchmal wohlfeil und etwas hilflos, aber wer hätte in diesen Fragen schon den Stein der Weisen? So wie es ein komplexes und längerwieriges Unterfangen darstellt, die „nachfrageseitigen“ Ursachen der Vertrauenskrise anzugehen, so schwierig bleibt es, die politischen Nutznießer der Krise angemessen und wirksam zu bekämpfen.

Über das Ausmaß der Polarisierung und ihre Tragweite unter Demokratiegesichtspunkten bestehen unter den politischen und wissenschaftlichen Beobachtern unterschiedliche Meinungen. Während die einen von einer „Spaltung“ der Gesellschaft sprechen und einen regelrechten „Kulturkampf“ heraufziehen sehen, zeichnen andere das Bild einer fragmentierteren, aber nicht notwendigerweise polarisierteren Gesellschaft.

Was stimmt? Lässt man die Geschichte der Bundesrepublik Revue passieren, wird man die These kaum aufrecht erhalten können, früher sei alles gemäßigter oder gesitteter zugegangen. Im Gegenteil: **Gerade die drei Nachkriegsjahrzehnte, die uns heute als „Goldene Ära“ des Wohlfahrtsstaates und der politischen Stabilität erscheinen, waren zugleich Hochzeiten der politischen Konfrontation.** Wenn man sich erinnert, mit welcher Schärfe und ausgrenzenden Rhetorik die deutschen Christ- und Sozialdemokraten einander in den Siebzigerjahren bekämpft haben, kommt einem der Unterschied zur Agitation der heutigen Rechtspopulisten nicht sonderlich groß vor. Namensverballhornungen, der drohende Zeigefinger oder Verbalinjurien, wie sie damals gepflegt wurden, sind heute zumindest unter den demokratischen Parteien Tabu – jedenfalls im Parlament.

Das Protestgeschehen in Deutschland war schon früher militant – man denke an die 68er-Bewegung oder die Hausbesetzerszene.

Ähnlich verhält es sich mit der außerparlamentarischen Sphäre. Auch das Protestgeschehen hat in der Bundesrepublik nicht erst mit den Querdenkern oder den Klimaklebern der Letzten Generation militant-aggressive Züge angenommen, denkt man etwa an die 68er-Bewegung, die Hausbesetzerszene oder den Widerstand gegen Kernenergie und atomare Rüstung in den Siebziger- und Achtzigerjahren zurück. Teile der revoltierenden Linksradikalen sind damals sogar in den Terrorismus abgeglitten, der mit den Mordtaten der RAF in den Siebzigerjahren seinen blutigen Höhepunkt fand.

Ab den Achtzigerjahren verlagerten sich Gewalttätigkeit und Terrorismus zunehmend nach rechts. Beginnend mit dem bis heute nicht aufgeklärten Anschlag auf das Münchener Oktoberfest 1980 über die Mordserie des NSU bis zur Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zieht sich auch hier eine lange Blutspur durchs Land.

Korrigiert werden muss das Bild einer zunehmenden Polarisierung ferner, wenn man die Meinungsverteilung zu relevanten gesellschaftlichen Themen betrachtet. Hier zeigt sich zum einen, dass die Menschen in den meisten Fragen mehrheitlich weiterhin gemäßigte, mittige Positionen einnehmen. Zum anderen bilden die vielfältigen Streitthemen, auch wenn sie sich – wie eben gesagt – zu zwei Grundkonflikten zusammenfassen lassen, kein einheitliches Syndrom, bei dem man von der Haltung zu einer Frage automatisch auf die Haltung in einer anderen Frage schließen könnte.

Wer für die Begrenzung der Zuwanderung und stärkere eigene Integrationspflichten der Migranten eintritt, muss nicht gleichzeitig die Besserstellung von sexuellen Minderheiten ablehnen. Und wer sich in der Flüchtlingshilfe engagiert, tut das vielleicht auch wegen des damit verbundenen Gemeinschaftserlebnisses und nicht nur aufgrund seiner vermeintlich progressiven Ansichten.

Die Entgegensetzung von „Kosmopoliten“ und „Kommunitaristen“, die manche Autoren heute als Hauptkonflikt unserer Gesellschaften ausmachen wollen, geht an dieser Gemengelage vorbei.

Genauso wichtig ist es, die unterschiedliche Bedeutsamkeit der Themen im Auge zu behalten. Diese ist bei den „identitätspolitischen“ Fragen, die sich um LGBT-Rechte, gendergerechte Sprache und das Erbe des Kolonialismus ranken, geringer, als es die heftig ausgetragenen Debatten in Feuilletons und sozialen Medien vermuten lassen.

Hier liegt ein Unterschied zwischen den europäischen Ländern und den USA, wo die Hinwendung der Linken zur Identitätspolitik als einer der Hauptgründe für Donald Trumps Wahlsieg im Jahre 2016 gilt. Anders als dort ist es in Europa zugleich gelungen, moralisch aufgeladene Konflikte wie die Abtreibungsfrage gesellschaftlich auszuhandeln und zu befrieden. Warum sollte das nicht auch bei der Migration möglich sein, die als Thema heute am meisten die Gemüter bewegt? Die These, wonach wertbezogene Konflikte der Kompromissbildung nur schwer zugänglich sind oder sich ihr ganz entziehen, lässt sich auch in anderen Fällen widerlegen.

Ähnliche Fallstricke birgt der Begriff der Spaltung. Alltags-sprachlich suggeriert er eine Teilung der Gesellschaft in etwa zwei gleich große, sich womöglich unversöhnlich gegenüberstehende Lager, die etwas Endgültiges hat und für die Stabilität der Demokratie deshalb nichts Gutes verheißt. Tatsächlich dürften die Spaltungs- oder Trennungslinien in den meisten Demokratien aber häufiger zwischen 70 und 30, 80 und 20 oder 90 und 10 Prozent der Bevölkerung verlaufen als zwischen der einen und anderen Hälfte.

In den meisten Demokratien verlaufen die Trennungslinien nicht zwischen zwei Hälften, sondern zwischen 70 und 30 Prozent.

Statt von einer Spaltung sollte man besser von einer Radikalisierung der Ränder sprechen. Das Ausmaß der Polarisierung würde sich dann an der Größe dieser Ränder bemessen. Dass wir hier in den meisten westlichen Demokratien vor allem am rechten Rand inzwischen ein echtes Problem haben, steht außer Frage. Dies belegt nicht nur der wachsende Stimmenanteil der rechtspopulistischen Herausforderer, sondern auch das Vordringen rechts-extremer Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft – ablesbar etwa an der Zustimmung zu Verschwörungstheorien.

Ab welcher Größenordnung der Unterstützung die systemfeindlichen Kräfte für die Demokratie tatsächlich bedrohlich werden können, mag von Land zu Land unterschiedlich sein. Für Deutschland könnte man sie bei etwa 30 Prozent ansetzen, was im Osten des Landes mancherorts schon erreicht ist. Die Debatte um die inzwischen längst bröckelnde Brandmauer zur AfD zeigt, dass es ab dieser Schwelle kaum noch möglich sein dürfte, die Populisten politisch zu umgehen oder sie mit repressiven Mitteln einzuhegen.

Die Politikwissenschaft betrachtet das Thema leider ebenso wie die Politik meistens als ein rein strategisches und bricht es auf die Frage herunter, ob aus elektoraler Sicht eher die Anpassung an den Populismus oder eine Abgrenzung ratsamer sei.

Das Problem dieser Entgegensetzung liegt darin, dass sie zwischen der diskursiven und substanziellen Ebene häufig nicht genug unterscheidet. Während es in der Forschung inzwischen viele Belege gibt, dass eine Übernahme des populistischen Diskurses kontraproduktiv wirkt, weil sie diesen legitimatorisch aufwertet, kann ein Einschwenken auf die Forderungen der Populisten durchaus lohnen, wenn es mit effektiven Problemlösungen verbunden ist. Vertreter der letztgenannten Position verweisen in diesem Zusammenhang gerne auf das Beispiel der dänischen Sozialdemokratie, die es durch ihren Kurswechsel in der Migrationspolitik geschafft habe, der rechtspopulistischen Konkurrenz das Wasser abzugraben.

Verringern lässt sich das populistische Wählerpotenzial nur, wenn es der Politik gelingt, den Bürgern eine überzeugende Erzählung von der künftigen Entwicklung der Gesellschaft zu vermitteln, die vorhandene Ängste abbaut und den beschriebenen Fragmentierungstendenzen entgegentritt.

Die Formel vom gesellschaftlichen Zusammenhalt mag abgenutzt klingen – sie trifft aber genau den Punkt.

So abgenutzt die Formel von der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts klingen mag, beschreibt sie doch treffend, worauf es ankommt, nämlich einerseits die Herstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit, die dem abgestiegenen oder sich vor Abstieg fürchtenden Teilen der Gesellschaft auch in materieller Hinsicht Respekt zollt, und andererseits „die Sicherung allgemeiner kultureller Güter und Normen“, um wieder mehr Gemeinschaftlichkeit zu ermöglichen und im besten Falle ein Wir-Gefühl in der Gesellschaft zu erzeugen. Beides erfordert einen im Verhältnis zur Gesellschaft aktiveren, regulatorisch eingreifenden Staat, was zwischen den Parteien natürlich Konflikte auslösen wird.

Will man diese lösen, müssen sie bereit sein, bei bestimmten Themen über den eigenen Schatten zu springen und „die ideologischen Komponenten beiseitezuschieben“, wie es Otto Kirchheimer in seiner damals freilich kritisch gemeinten Betrachtung der „catch all-party“ ausgedrückt hat. Gerade Union und SPD wären aufgrund ihres selbst reklamierten Volksparteiencharakters am ehesten gefragt, die von Reckwitz postulierte „Rekonstitution des Allgemeinen“ zu betreiben.

Kommt es 2025 zu einer Neuauflage der Großen Koalition, worauf inzwischen manches hindeutet, hätten sie die Chance dazu.

Prof. Dr. Frank Decker ■



Prof. Dr. Frank Decker
Prof. Dr. Isabelle Borucki
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
Prof. Dr. Ulrich von Alemann (Moderation)

Podiumsdiskussion anlässlich der Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2023 am 16. November 2023 an Prof. Dr. Frank Decker zum Thema „Krise der Parteien, Krise der Demokratie?“ im Großen Ratssaal der Stadt Heilbronn

von Alemann: Lieber Herr Oberbürgermeister Mergel, liebes Stifterehepaar Gudrun Hotz-Friese und Harald Friese, liebe sonstige Honoratioren und liebe Bürger und Bürgerinnen der Stadt Heilbronn. Ich freue mich ganz besonders, wieder einmal bei Ihnen hier im schönen und gastfreundlichen Heilbronn zu sein. Ich freue mich darauf, dass wir wieder eine sehr hochkarätige Podium haben, einen hervorragenden Laudator, einen sehr würdigen Preisträger und ein neues Gesicht auf diesem Podium, die Politikwissenschaftlerin Professorin Dr. Isabelle Borucki. Sie hat Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie in Würzburg studiert, sie wurde in Trier promoviert und hat sich habilitiert in Duisburg, Essen. Sie hat nach nicht allzu langen akademischen Wanderungen eine Professur an der Universität Marburg für Politikwissenschaft inne.

Ich frage mich, was sollen wir überhaupt noch diskutieren, nachdem du, lieber Frank, mit einem großen Rundumschlag alle Probleme erklärt hast? Gelöst hast du sie nicht. Dieses Podium soll eine Frage beantworten, nämlich „Krise der Parteien, Krise der Demokratie?“

Früher war mehr Lametta, sagte bekanntlich Opa Hoppenstedt bei Lorient und meinte es nostalgisch. Früher war ja doch irgendwie alles besser. Frank Decker hat erfreulich schon mit diesem Mythos in der Politik aufgeräumt. Früher hätte es kaum so böse Worte gegeben, sagte doch Herbert Wehner im Bundestag. „Herr Präsident! Der Zwerg ist los“ und meinte den etwas klein gebauten FDP Abgeordneten Maier oder hat einen CDU Abgeordneten mit „Übelkrähe“ seinen Namen verhöhnepipelt. Von Franz Josef Strauß ganz zu schweigen. Auch Helmut Kohl, Willy Brandt, die konnten alle ganz kräftig zulangen.

Als erstes frage ich dich, Isabelle. War früher mehr Lametta? Wie ist es mit der Krise der Parteien? Werden wir darüber sprechen? Werden wir über die Krise der Demokratie reden? Sind die Parteien nicht schon immer Krisenherde gewesen: im Kaiserreich, in Weimar, in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik? In der Gesellschaft gibt es tektonische Verwerfungen. Da gibt es Erdbeben. Und an den Rändern zwischen Gesellschaft und Staat sind die Parteien angesiedelt. Ist das also überhaupt so aufregend, dass die Parteien davon betroffen sind?

Borucki: Ich denke, man kann das schon ein bisschen relativieren, weil die Parteien nach wie vor ein wichtiges Bindeglied zwischen Staat und Volk, zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat darstellen. Was wir aber schon sehen, was Frank Decker eindrücklich beschrieben hat, ist die Veränderung der poli-

tischen Öffentlichkeit durch die Plattformen, also eine Aufhebung der Verbindung zwischen Bürgern und Staat durch die Parteien oder wo es eben schwierig ist, noch zu vermitteln, von oben nach unten, von unten nach oben. Durch diese Veränderung der Öffentlichkeit und die multiplen Krisenverunsichern die Menschen. Es stellt sich die Frage, ob die Parteien noch in der Lage sind, dies alles aufzufangen. Nur 2,5 % der Bevölkerung sind Mitglieder der Parteien, und es werden immer weniger. Wie lange können diese Mitglieder Multiplikatoren sein und die Transformation von unten nach oben sicher zu stellen. Welche Probleme haben die Menschen, wo liegen die Ängste und die Verunsicherungen, die Gefühle abgehängt zu sein und sich verlassen fühlen.

von Alemann: Schon seit 20 Jahren wird immer wieder beschworen, dass die Zivilgesellschaft den Stab übernommen hat von den Parteien. Zurecht hast Du gesagt, die Parteien verlieren Mitglieder, sie verlieren Einfluss. Sie sind aber immer noch einflussreich. An ihre Stelle treten jetzt die großen neuen NGOs, die aber auch ganz schnell an Einfluss verlieren können. Woran soll man sich denn halten in der zukünftigen organisierten Gesellschaft?

Borucki: Wir wissen, Parteien sterben aus, rein biologisch. Wenn Parteien es nicht schaffen, mehr jüngere Mitglieder zu gewinnen und da gibt es ein großes Reservoir, und dieses ist noch nicht gehoben. Die jungen Menschen wollen sich anders beteiligen. Die wollen sich projektbezogen, die wollen sich temporär beteiligen und vor allem, sie wollen am liebsten sofort etwas bewirken. Sie treten mit viel Verve, mit viel Idealismus, in eine Partei ein. Ich weiß das aus Gesprächen mit verschiedenen Parteivertretern. Und wenn dieser Effekt oder wenn diese Motivation nicht abgeholt wird, dann setzt schnell Frustration ein und dementsprechend auch schnell ein Austritt. Wenn ich heirate, ist das normaler Weise eine lebenslange Entscheidung. Wenn ich früher in eine Partei eintrat, war das auch eine lebenslange Entscheidung. Dieses Muster gilt nicht mehr. Das ist Vergangenheit.

von Alemann: Wolfgang, Du bist vorgestellt worden mit deinem Lebensweg. Und du hast einen Ausflug in die Politik gemacht als Staatssekretär für 5 Jahre. Wo, glaubst du, hast du mehr bewirkt als Staatssekretär, Chef des Beamtenapparates eines ganzen Ministeriums? Eine hohe Position oder als „public intellectual“? Also nicht nur als Forscher und Lehrer an der Universität, sondern auch in den Medien, in denen wir dich häufig sehen oder nachlesen können? Was glaubst du, war wichtiger für die Politik und die Gesellschaft?

Schroeder: Also ich kann das nicht bemessen. Das ist alles sehr relativ. Ich denke, man gibt da, wo man ist, sein Bestes und was das für eine Wirkung hat, hängt davon ab, wer bestimmt in dieser Gesellschaft, wo es langgeht. Ist es der Staatsapparat, ist es die Öffentlichkeit? Und da würde ich gerne anknüpfen an den Gedanken, den Frank am Ende platziert hat mit Bezug auf Reckwitz. Dieses Verhältnis der Logik des Besonderen und der Logik des Allgemeinen.

Was wir feststellen können, ist ja kein Aussterben der Parteien, kein Aussterben der intermediären Organisationen. Im Gegenteil, die wachsen, es werden immer mehr, es wird immer unübersichtlicher. Wir haben eine Veränderung eines bestimmten Typus der Logik des Allgemeinen in der Form der Institutionalisierung von Interessen und der Mobilisierung dieser Interessen.

Während wir in der Phase von Mitte der 50er Jahre bis Ende der 70er Jahre ein sogenanntes Zweiparteiensystem in Deutschland erlebt haben, wo eine hohe Form der Inklusion, der Integration, der Konzentration existierte, unter den Bedingungen eines enormen Außendrucks durch den Kalten Krieg, und einer gleichsam staatlichen Strukturierung dieses Parteienwettbewerbs, haben wir seither ja einen Prozess der Ausdifferenzierung, der den Typus der Partei auch stark verändert. Man kann sagen, die Parteien agieren als parlamentarischer Ausschuss, als gesellschaftlicher Ausschuss von gesellschaftlichen Milieus. Diese gesellschaftlichen Großmilieus, die über große Erzählungen vermittelt, gesellschaftliche Organisationen strukturieren konnten, gibt es in dieser Form nicht mehr. Aber es gibt natürlich viele Erzählungen. Diese Erzählungen laufen aber entlang der Logik des Besonderen. Das heißt, man versucht immer stärker entlang kleinerer Gruppen und kleinerer Interessenlagen sich zu organisieren. Und dann stellt sich ja schon deine Frage, die du mir auch gestellt hat. Welche Instanz ist in der Lage, diese Logik des Besonderen so zu bündeln, dass am Ende doch wieder das Allgemeine sichtbar wird und damit kollektives Handeln einer Bevölkerung, einer Region, eines bestimmten Kollektivgutes durchbuchstabiert werden kann?

Und es könnte sein, und das fände ich auch für diese Debatte noch mal interessant, dass wir augenblicklich Beobachter und Teilnehmer und vielleicht sogar selbst Akteure eines zu Ende kommenden Zyklus des Besonderen sind. Weil die Menschen, weil die Beobachter, weil diejenigen, die auf die Produktion von Kollektivgütern angewiesen sind, feststellen, dass die weitere Ausdifferenzierung der Besonderheiten nicht in der Lage ist, am Ende das Gemeinwohl so zu befrieden, dass eine Handlungsfähigkeit von Gesellschaft und Teilkollektiven innerhalb dieser Gesellschaft sich auf diese Weise wieder herstellt.

Weil das, was wir über die Ampelkoalition, um jetzt mal ganz banal zu werden, erleben, ist ja doch in hohem Maße Klientelpolitik, die sehr partiell ist und die große Schwierigkeiten hat, das Allgemeine, was eigentlich im Koalitionsvertrag verankert ist, in die Realität zu übersetzen. Und dass die Parteien in dieser Koalition diese Schwierigkeiten haben, hängt natürlich immer auch zusammen mit den Primärorganisationen, weil Parteien eher diejenigen sind, die die Primärinteressen dann wiederum bündeln müssen.

Und wir erleben ja auf der großen Bühne, dass Kirchen, Gewerkschaften, Naturschutz usw. keine Bündelung vollziehen, sondern eine weitere Parzellierung, also z.B. der Konflikt mit der GDL eintritt. Heute ist das ja nur möglich, weil wir den Nutzer dieser öffentlichen Mobilität in Geiselschaft nehmen können oder weil die Lokführer so schlecht alimentiert werden oder weil die Bahn in einer solchen Krise ist, dass es schlagfertige, homogene Partialakteure gibt, die in der Lage sind, ihre Interessen so zu mobilisieren, dass sie übersetzt werden können in Ergebnisse, die dann auch als feste Bestandteile der weiteren Kompromissbildung nicht zu ignorieren sind. Und diese Fähigkeit der Bündelung von Interessen im Sinne von Ohlson als homogener Gruppen, das ist, glaube ich, eine Entwicklung, die immer stärker um sich greift. Und die belastet natürlich auch die Parteien. Die belastet den Staatsapparat und führt am Ende dazu, dass überzeugende, klare Ergebnisse nicht formuliert werden. Das ist der Resonanzboden für den Populismus.

von Alemann: Aber: machen wir Parteienforscher die Parteien, gerade weil wir die Parteien und ihre Geschichte so gut kennen, nicht kleiner als sie sind? Hast du es nicht auch gemacht? Sie verlieren Mitglieder, sie verlieren Einfluss in den neuen sozialen Medien. Die AfD ist dort am aktivsten, nicht die Parteien. Dennoch sind die Parteien in allen Rathäusern, in allen Landtagen, auf allen Bundesebenen präsent und aktiv und einflussreich bis in Vorstände von Bundesligaklubs. Überall gibt es den Parteienproporz noch.

Schroeder: Ich glaube, was die Entwicklung der Parteien betrifft, sind wir auf dem Weg von den klassischen Mitgliederparteien in den Typus der französischen Kaderpartei. Und was meine ich damit? In Frankreich ist ganz klar: Man ist nicht einfach Mitglied einer Partei, weil man die gut findet und weil der Großvater schon drin war oder weil man ein besonderes Interesse dort befriedigt findet, sondern man ist Mitglied einer Partei, weil man Mitglied einer Stadtverordnetenversammlung ist, weil man Mitglied in irgendeinem Rat ist und braucht dafür die Partei, die mandatiert. Aber die Partei ist kein Lebensraum, die Partei ist keine Gemeinschaft, in der man sich sozialisiert. Am weitesten fortgeschritten ist das Prinzip der Kaderpartei in Ostdeutschland, wo es im Prinzip keine Mitglieder mehr gibt, sondern nur noch Mitglieder, die selbst wiederum Aktivisten sind. Und in dem Maße, in dem die Parteien als Aktivistenorganisationen auftreten, sind sie natürlich nur noch bedingt in der Lage, Multiplikator-Effekte in der Gesellschaft zu erzeugen, jenseits der Rationalität des Besonderen. Und wenn diese Rationalität des Besonderen nur noch über die Mandatierung funktioniert, dann sind diese Parteien natürlich super stark, weil sie in der Tat in allen Gremien in irgendeiner Weise eingebunden sind. Sie sind aber nicht mehr die gesellschaftlich verankerten Organisationen, die das Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft in einer starken Form abdecken, sondern im Gegenteil: Der kleinste gemeinsame Nenner in der Gesellschaft ist der Kampf gegen die Kaderpartei.

von Alemann: Eben hat Wolfgang in Bezug auf den Bahnkonflikt von Geiselaft gesprochen. Ist das nicht ein viel zu großes Wort? Ist denn dieser jetzige heftige Tarifkonflikt nicht ein Beispiel für Deine Kernthese, die Demokratie, wie wir sie bei uns kennen, regelt Konflikte friedlich. Ist das nicht gerade ein Beispiel, dass in Deutschland nicht die Gelbwesten auf den Autobahnen stehen, nicht die Traktoren wie in Holland die Straßen blockieren, sondern man ärgert sich, wenn der Zug weg ist? Ich musste jetzt auch mit dem Auto fahren, was etwas mühselig war. Aber man nimmt es natürlich hin, denn kaum einer in Deutschland stellt die Tarifautonomie in Frage. Ist es nicht gerade deswegen ein Beispiel, wie gut die Konfliktregelung in Deutschland noch funktioniert?

Decker: Ja, ich hatte Wolfgang so verstanden, dass er ein Defizit im Verbandsbereich sieht, also hier bei den Gewerkschaften, dass eben auch in ähnlicher Weise im Parteiensystem abläuft, nämlich der Verlust von Integrationsfähigkeit auch im eigenen Bereich. Die GDL organisiert im Vergleich zur Eisenbahnergewerkschaft wesentlich weniger Beschäftigte. Das ist jetzt das Problem, dass solche Konflikte, und das ist ein ganz wichtiges Element auch der pluralistischen Demokratie, dass sich der Staat bei der Organisation der Arbeitsbeziehungen zurückhält. Und dieses Prinzip ist im Grunde heute weiter gültig.

Aber wir haben eine ähnliche Entwicklung, auf der anderen Seite, bei den Unternehmensverbänden, wo immer mehr Unternehmen ausscheiden, also sich gar nicht mehr dort organisieren. Und insoweit haben wir im Verbandswesen ähnliche Entwicklungen wie im Parteienwesen. Man könnte die Kirchen noch dazunehmen.

Also wir sehen überall einen Verlust an Integrationsfähigkeit. Meine These war, dass das größere Problem unserer heutigen Demokratie die Fragmentierung und nicht die Polarisierung ist. Demokratien brauchen auch Polarisierung. Sie brauchen nicht notwendigerweise die Polarisierung zwischen dem demokratischen Zentrum und den politischen Rändern. Es wäre sehr viel schöner, wenn sich das im demokratischen Zentrum abbilden würde, dass die Parteien heute pfleglich miteinander umgehen. Ich bin ja auch ein bisschen nostalgisch unterwegs und würde mir so einen scharfzüngigen Herbert Wehner, der vielleicht auch Grenzen überschreitet, geradezu wünschen. Aber wenn ich Parteien, mit denen ich morgen möglicherweise koalieren muss, die kann ich eben nicht mehr in dieser Art und Weise beschimpfen.

Das hat sich eben fundamental in unserem heutigen System verändert. Und da sind wir in einem Dilemma. Wir brauchen in einer sich fragmentierenden Gesellschaft mehr Zusammenhalt. Und gerade die Volksparteien, also diejenigen, die von vornherein auch anstreben, ein breiteres Bündnis, verschiedene Gruppen in der Gesellschaft zusammenzubringen, die wären dort gefragt. Aber ich kann, da stimme ich Isabelle zu, meinen Studenten nicht sagen: Bitte engagiert euch in politischen Parteien. Parteien sind immer noch das beste Prinzip, im Grunde auch verschiedene Interessen untereinander abzugleichen.

Sie tun es aber nicht. Und deshalb müssen wir Parteienforscher eben auch darüber nachdenken, wie wir die Parteien selber, also Stichwort „Wandel der Mitgliederpartei“, also wie die Parteien dann über andere Formen sich gesellschaftlich wieder stärker verankern könnte. Wir müssen aber durchaus auch nachdenken über demokratische Partizipationsmöglichkeiten jenseits der Parteiendemokratie.

von Alemann: Ein Wort zur Organisationsfähigkeit. Politische und moralische Großorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen verlieren Mitglieder. Bei anderen Organisationen z. B. bei den Sportverbänden und dem ADAC und bei den nicht organisierten Ehrenamtlichen ist dies nicht der Fall. Es gibt also Großorganisationen mit hohen Mitgliederverlusten und andere, die ihre Mitgliederzahl relativ stabil halten.

Der Focus liegt meiner Ansicht nach zu sehr auf den Mitgliederzahlen der Parteien, Kirchen, Gewerkschaften. Es ist ein Mythos, dass die Gesellschaft völlig in Individuen auseinanderfliegt. Auch die Zweiteilung der Gesellschaft ist ein Mythos. Wenn es eine Teilung der Gesellschaft gibt, dann zerfällt die Gesellschaft in viele einzelne Fragmente. So haben wir nun eine Krise der Parteien und eine Krise der Demokratie. Hängt das unmittelbar miteinander zusammen? Wir haben in Deutschland schon fast immer eine Krise der Parteien. Trotzdem funktioniert die Demokratie immer noch ganz gut und leidlich. Verlaufen diese Krisen also parallel?

Borucki: Ich finde es zu einfach, das so parallel zu setzen. Wir haben es mit einer mehrschichtigen, multidimensionalen Problematik zu tun, wie wir ja auch in den beiden Vorträgen schon gehört haben. Wir haben eine Veränderung in den Einstellungen der Menschen in Bezug auf das Demokratiemodell, die Menschen stellen das Modell der liberalen, repräsentativen Parteiendemokratie in Deutschland in Frage oder sogar das westeuropäischen Demokratieverständnisses einer repräsentativen Demokratie. Und diese Skepsis findet zunehmende Unterstützung von illiberalen Demokratie modellen, die dagegen gestellt werden, wo eben gesagt wird, es ist doch auch ein demokratisches System, was habt ihr denn eigentlich? Und es wird auch argumentiert, dass eine ausschließlich direktdemokratisch funktionierende Konstitution mit Vorteilen behaftet wäre und das bei uns genauso toll funktionieren würde wie in der Schweiz.

Dabei wird aber oftmals vergessen, dass die Schweiz eine völlig andere Geschichte hat, Multikulturalität und Föderalismus gehörten immer zur Schweiz. Und dass im Grunde schon immer die SVP als die rechtspopulistische Partei mitregiert hat. Und ja, das funktioniert. Deshalb sind solche Vergleiche immer problematisch.

Frank hat thematisiert, welche Möglichkeiten gibt es, anhand demokratischer Innovationen weitere Teilhabe und Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen, die nicht notwendigerweise eine Parteimitgliedschaft erfordern? Also wie kann man die Menschen aktivieren und mobilisieren, sich politisch zu beteiligen? Darum geht es doch, dass die Abgehängten, die Transformationsverlierer, so würde ich sie jetzt mal benennen, also diejenigen, die sich abgehängt und verlassen fühlen, wie kriegen wir diese wieder aktiviert und interessiert? Vor allem für die Demokratie?

Denn in den verschiedenen Umfragen sehen wir immer, die Leute interessieren sich erst gar nicht für Politik. Da müssen wir doch ansetzen. Das wäre eine These und eine Überlegung. Wenn wir über Krisen reden, wie kriegen wir die Krisen abgewendet beziehungsweise wie kriegen wir unsere Demokratie gestärkt?

Schroeder: Der Ausgangspunkt ist doch eine relativ starke, teilweise gesteigerte Unzufriedenheit mit den Ergebnissen von Politik, mit den Ergebnissen von Wirtschaft, was sich insbesondere festmacht an Dysfunktionalitäten der Infrastruktur, von der Bahn über die Brücken, die Autobahn, den Verkehr, das Wohnen und diese Unzulänglichkeiten der Infrastruktur, die die Bürger in unterschiedlicher Weise belasten. Und es ist ein Unterschied, ob ich reich oder arm bin, ob ich den öffentlichen Verkehr nutze oder nicht.

Diese Unzufriedenheit mit dem Output ist keine mathematische Größe. Die gab es immer, und die ist dann natürlich größer, wenn die Sensibilität der Bürger größer ist, wenn es Alternativen gibt, wenn es die Fähigkeit zur Kritik in über großem Maße gibt. Und die gibt es eben durch den Strukturwandel der Öffentlichkeit und Social Media. Es gibt da keinen Gatekeeper mehr, der das kontrolliert und strukturiert. Und wenn wir von der Unzufriedenheit mit dem Output ausgehen, dann kommt man ja ziemlich schnell zu den Organisationen, die vielleicht in der Vergangenheit besser in der Lage gewesen wären, diesen diese Unzufriedenheit aufzunehmen, sie zu kommunizieren und Erwartungen plausibler Art zu entwickeln, dass es besser werden könnte. Und da haben wir in der Tat eine Schwäche der intermediären Organisationen, dass sie die Plausibilität des Besseren nicht unbedingt auf ihrer Seite haben. Und das hat nach meinem Dafürhalten drei Gründe.

Erstens: Wir haben es mit einer Emanzipation der Individuen gegenüber den intermediären Organisationen zu tun. Das heißt, man ist nicht mehr auf diese Organisationen so angewiesen. Wenn man früher im öffentlichen Dienst war, hatte man den Eindruck, man muss da jetzt in der ÖTV sein, weil sonst wird es schwierig mit den Beförderungen. Und wenn man bei der IG Metall Betrieb war, musste man in der IG Metall sein. Das gibt es heute vielleicht noch bei VW, aber sonst glaube ich kaum noch.

Zweitens haben wir eine enorme Ausdifferenzierung der Interessen.

Drittens glaube ich, der Krisenbegriff führt in die Irre, weil diese Debatte über Krise führen wir seit 50 Jahren und die erbringt auf der Erkenntnisebene keine wirklich neuen Erkenntnisse. Und deshalb würde ich das Augenmerk stärker auf den Output legen. Also, was leisten diese Organisationen sowohl in der Logik des Besonderen wie in der Logik des Allgemeinen und im Hinblick auf ihre Funktionen?

Da fällt mir immer wieder auf, dass z.B. die Gewerkschaften natürlich weiter ihren Job machen, die machen Tarifverträge, die sind interessiert, die Arbeitsbedingungen so weit wie möglich zu optimieren. Aber was sie nicht mehr leisten können, und immer weniger leisten können, ist eine gemeinschaftsbildende Funktion, eine Sozialisationsfunktion wahrzunehmen.

Und das Gleiche gilt für die Parteien. Auch sie haben kaum Möglichkeiten in der Sozialisationsentwicklung, sie haben kaum Möglichkeiten in der Gemeinschaftsbildung. Und dieser Verlust an Gemeinschaft, der durch die Großorganisationen im Zuge der Integrationsschwäche festzustellen ist, der wurde teilweise durch neue Organisationen in anderen Bereichen und teilweise durch den Populismus aufgefangen. Und in diesem Sinne ist der Populismus schon eine Reaktion auf die Dysfunktionalitäten dieser bisher über intermediäre Organisationen klassischer Art vermittelten Interessen und Ausgleichsfunktionen, vor allem der Gemeinschaftsbildung. Man wird den Populismus in seiner grausamen Art nicht verstehen können, wenn man die positiven Seiten des Populismus im Hinblick auf die Gemeinschaftsbildung und die Integration nicht mitberücksichtigt.

Decker: Dem stimme ich absolut zu, dass das zentrale Problem das gute Regieren ist, das es nicht gibt. Wir können uns ja als Politologen intensiv mit dem Input beschäftigen und dort auch über Reformen nachdenken. Wenn wir mal ehrlich sind, all' diese Dinge wie Bürgerräte, das hattest du ja auch kurz angesprochen in der Laudatio, das wird die Zufriedenheit mit dem Output nicht vergrößern. Und wir haben in Studien die Frage nach der Zukunft gestellt: Wird die Zukunft was Besseres bringen? Wenn heute noch nicht mal mehr 20 % positiv in die Zukunft blicken, waren es in den 70er Jahren, ein durchaus krisengeschütteltes Jahrzehnt, 90 % gewesen, dann hat sich in unserer Gesellschaft fundamental was verändert.

Und deshalb wäre ich auch ziemlich pessimistisch. Ich will jetzt nicht so weit gehen zu sagen, die Demokratie ist eine Schönwetterveranstaltung, aber wir können das historisch sehen, dass der Extremismus in solchen Umbruchzeiten gedeiht. Dies gilt auch in Phasen, wo es im Grunde um die grundsätzliche Frage der Identität in einer Gesellschaft geht. Und ich glaube, dass wir jetzt in einer solchen Umbruchphase sind.

Das war vielleicht von vornherein falsch, der Ampel irgendwie auch so ein Projektcharakter zu unterlegen, aber sie ist ja selber daran schuld gewesen, indem sie sich als Fortschrittskoalition bezeichnet hat. Und ich weiß nicht, Wolfgang, ob du mir zustimmst, aber dieses Fortschrittsprojekt Ampel ist gescheitert, das kann man jetzt schon festhalten. Und wir sehen bei einer für die Zukunft zentralen Frage, nämlich der Begrenzung des menschengemachten Klimawandels, ein Zurückweichen der Politik unter dem Druck des Populismus, also unter dem Druck der Gegenkräfte. Deshalb, glaube ich, liegt eine gewisse Rationalität in einer künftigen Großen Koalition, weil die Konsensbasis von Union und SPD dort eine größere ist. Eine große Koalition führt dann nicht zum guten Regieren, wenn sie die Probleme nicht tatsächlich angeht, dann werden uns diese Probleme in Form von Wetterereignissen in spätestens 5 oder 6 Jahren einholen.

Haben wir ein Problem mit der Repräsentation in der repräsentativen Demokratie? Wie kann man dem entgegenreten? Ich glaube, es gibt vielleicht eine Institution, wo man das verorten kann, wo man auch dieses deliberative Element verorten kann. Das ist die Verfassungsgerichtsbarkeit, die der Politik gerade gesagt hat, also hört auf mit diesen Trickereien, sondern macht euch ehrlich an der Stelle. Aber die Politik ist eben nicht bereit, auch ehrlich zu sagen, wenn wir massiv in die Zukunft investieren müssen, dann müssen wir über die Frage der Schuldenbremse nachdenken, die dann zum Tabu erklärt wird.

Und wenn ich dann die Kommentare in der FAZ lese, ist von der Möglichkeit von Steuererhöhungen von vornherein überhaupt keine Rede mehr. Und da muss sich die Politik eben ehrlich machen. Aber warum tut sie das nicht? Weil sie sich vor dem Volkszorn fürchtet. Und den Volkszorn, den lenken die Populisten auf ihre Mühlen.

Man kann natürlich dann auf den armen Habeck einprügeln, wie wenig professionell er das Heizungsgesetz gemacht hat. Aber ich glaube, die Parteien sind insgesamt konzeptionell nicht wirklich vorbereitet gewesen auf diese Fragen der sozial-ökologischen Transformation. Dabei muss der soziale Aspekt betont werden, weil man diesen Transformationsprozess, diese Veränderungen nur in der Gesellschaft durchsetzen oder dafür Akzeptanz gewinnen kann, wenn die Bürger oder wenn ein relevanter Teil der Bürger nicht den Eindruck bekommt, dass er selber dabei auf der Strecke bleibt. Und das haben die Parteien, das haben sie einschließlich der Grünen programmatisch nicht hingekriegt. Also alles, was da jetzt stattfindet, ist im Grunde eine nachholende Entwicklung und das innerhalb eines Regierungsprozesses. Das geht in den seltensten Fällen gut.

von Alemann: Diese soziale Seite des sozial-ökologischen Wandels haben die Grünen, um sich anzupassen, mehr und mehr aus den Augen verloren und die SPD erst recht. Diesen Wandel wird in der zweiten Hälfte der Ampel die FDP aus missverstandenen Sintflutgedanken – sie befürchtet im nächsten Bundestag und den meisten Landtagen nicht mehr vertreten zu sein – blockieren.

Ist es eigentlich normal, dass das Bundesverfassungsgericht einen dermaßen tiefen Eingriff in die Politik vornimmt, nämlich 60 Mrd. € zu blockieren. Du hast im Grunde die Richtung angedeutet, dass wir froh sein können, dass es noch Akteure und Institutionen in unsrem politischen System gibt, die den Mut haben, der Regierung in den Arm zu fallen.

Ich glaube, es wäre jetzt an der Zeit, Sie als Publikum in die Diskussion mit einzubeziehen. Wer möchte der Erste sein? Bitte schön!

Günter Häusler: Ich bin Rentner und möchte eine Frage an Herrn Prof. Decker stellen. Die Sprache der Parteien wird vom Wahlvolk im Wesentlichen bemängelt. Sie haben auch festgestellt, dass Ihnen manche Grantler fehlen. Wehner haben Sie genannt. Es gibt noch andere Kandidaten. Ich glaube, wir sind in einer Renaissance der Grantler. Sie brauchen da nur nach Bayern zu schauen. Ich meine damit nicht Sie, Frau Professor Münch, Sie haben Ihren Stammtisch. Ich denke an Herrn Aiwanger. Der mag manchmal populistisch argumentieren. Aber er hat es immerhin geschafft, bei seiner Landtagswahl ein Wahlvolk zu mobilisieren. Er hat seine Partei nach vorne gebracht, weil er klar spricht. Er spricht so, wie im Grunde genommen die Bayern das hören wollen. Und ich habe auch manchmal den Eindruck, dass Herr Söder sich manchmal stark einbremsen müsste, um nicht in diesen Jargon zu verfallen. Also: ich sehe da schon ein gewisses Potenzial an Politikern, die endlich kapieren, dass man vielleicht auch mit dem Volk etwas anders reden muss.

von Alemann: Frank, du bist angesprochen.

Decker: Diese Debatte wurde im August geführt und der Aiwanger und die Freien Wähler sind ja gut aus dieser Debatte bei den Wahlen herausgekommen, weil sie sich – und das ist Rechtspopulismus pur – als Opfer einer Medienkampagne inszeniert haben. Und Wolfgang, du hattest ja gesagt, dass bei der Bundestagswahl 2021 die AfD im Westen deutliche Einbußen erlitten, während sie im Osten nahezu stabil geblieben ist. Wir haben nach 2017 eine fortschreitende Radikalisierung der AfD erlebt. Die AfD ist de facto eine rechtsextreme Partei, die gleichzeitig eine rechtspopulistische Partei ist. Und meine Erklärung war, dass eben der Extremismus im Westen, in der alten Bundesrepublik, abschreckend wirkt auf einen Teil der Wählerschaft, wie das Bildungs-, eher Besitzbürgertum, das vielleicht ansonsten für die Botschaften der AfD durchaus ansprechbar war. Aber wenn die Partei zu extremistisch ist, werden diese nicht erreicht. Und jetzt sehen wir, dass die AfD zum Beispiel in Baden-Württemberg in den Umfragen bei 20 % liegt, also im Bundesdurchschnitt. Und mir ist bei dieser Aiwanger Geschichte deutlich geworden, dass wir uns vielleicht, was den antiextremistischen Konsens angeht, in der Bundesrepublik auf dünnem Eis bewegen, als wir uns das immer haben selber glauben machen wollen.

Deshalb glaube ich und ich würde Ihnen zustimmen, dass nichts dagegen spricht, dass man auch im demokratischen Spektrum mal zuspitzt.

Gerhard Schröder hat mal gesagt, es darf nicht länger deutsches Geld in Brüssel verbraten werden, Das ist gegen die EU gerichtet und gleichzeitig Antiestablishment. Oder wenn die Populisten sagen, wir wissen, was der Volkswille ist, wir reklamieren das für uns. Die Parteien reklamieren für sich immer, dass sie das Gemeinwohl richtig interpretieren. Wahlkämpfe sind ja ohnehin keine Seminare, wo dann Habermas oder habermas'sche Diskurse stattfinden, da darf durchaus übertrieben und zugespitzt werden.

Unser Problem ist heute, dass diese Zuspitzung stattfindet zwischen dem Zentrum und den Rändern. Und je mehr das Zentrum dann gezwungen ist, zusammenzurücken, umso stärker können dann die Ränder werden. Das ist ein großes Problem. Aber wir brauchen weiter die Zuspitzung im politischen Zentrum. Und wenn dann Politiker in der Lage sind, eine klare Sprache zu sprechen, kann das ja nicht von Nachteil sein. Das muss nicht in einer populistischen Weise erfolgen.

Wenn ich jetzt an den Bundeskanzler denke, haben wir Defizite in der Politik. Gerade in diesen Zeiten großer Verunsicherung muss in der Tendenz mehr und auch überzeugender kommuniziert werden. Und das braucht dann nicht notwendigerweise auf eine populistische Weise geschehen. Ich glaube, da haben wir auch ein Problem mit dem politischen Führungspersonal. Ich glaube, Robert Habeck hat zum Beispiel mit seiner Rede, die er zu Israel und Hamas in den sozialen Medien gehalten hat, ein gewisses Defizit kompensiert. Und Scholz ist halt, wie er ist, der wird sich auch nicht mehr ändern.

von Alemann: Vielen Dank. Gibt es noch weitere Fragen? Ja, bitte schön.

Christoph Eberlein: Mein Name ist Christoph Eberlein. Ich komme aus der Heilbronner Südstadt. Ich möchte zum einen daran erinnern, dass die SPD 2012 einen Kanzlerkandidaten aufgestellt hat, der mit einer sehr klaren Sprache aufgefallen ist, der damalige Finanzminister Peer Steinbrück. Das Ergebnis bei der Bundestagswahl 2013 war bekannt. Das war bis dahin das schlechteste Ergebnis der SPD. Deswegen möchte ich da widersprechen, dass klare Worte das Lösungsmittel sind. Wir haben eine Kanzlerin Merkel erlebt, die nun nicht gerade durch klare Worte aufgefallen ist, die 16 Jahre regierte. Zweiter Punkt: Ich möchte Ihnen widersprechen, nach 23 Monaten Legislatur zu sagen, die Ampel ist gescheitert, ich würde da mehr Zeit geben. Und Drittens: Ich bin ein bisschen enttäuscht von der Diskussion. Ich habe zwei Preisträger auf dem Podium des einzigen Preises für Politikwissenschaft in Deutschland und zwei weitere Politikwissenschaftler. Ich hörte aber nur Zustandsbeschreibungen, Ich hörte keine Lösungen. Da hätte ich mir doch etwas mehr erwartet. Wir wissen, dass Parteien Mitglieder verlieren. Wir wissen,

dass die Wahlbeteiligung sinkt. Aber was uns natürlich interessiert, wie kann es besser werden für uns Bürgerinnen und Bürger. Was können Parteien besser machen? In dieser Runde sind viele Parteienvertreter vom Bund und vom Land anwesend, die sicher ganz aufmerksam zuhörten. Zustandsbeschreibungen sind Ihnen bekannt. Vielen Dank!

von Alemann: Ja, vielen Dank. Ich habe schon einiges Konstruktive gehört. Wir brauchen z.B. mehr Ergebnisse, also die Outputorientierung, wie wir Politologen das nennen. Wir brauchen neue Formen der Gemeinschaftsbildung. Also es gibt schon Ansätze.

Borucki: Ich möchte einen Punkt noch mal hervorheben. Sie haben den Steinbrück-Wahlkampf angesprochen. Hier stellt sich die Frage, wie muss Kommunikation der jeweiligen Situation angemessen bzw. angepasst sein? Ich möchte betonen, dass wir zwischen Wahlkämpfen und dem Alltag einen eklatanten Unterschied in der Kommunikation haben.

Regierungskommunikation bedeutet, einfach und verständlich zu kommunizieren, was eine Regierung gerade tut, welche Gesetzentwürfe sie verabschiedet und vor allem, warum sie das tut: Da gibt es Defizite. Da haben Sie vollständig recht. Und im Wahlkampf ist es logisch, dass zugespitzt wird, weil man ja Wählerstimmen gewinnen möchte

Ihre Frage nach den Lösungen. Ich denke, wir haben das angerissen. Ich sehe uns aber ehrlicherweise nicht an erster Stelle, um Lösungen zu erarbeiten. Wir sind schon eher dafür da, um erst mal Analysen zu liefern, insbesondere auch empirische Analysen, um Zahlen zu liefern und auf Basis dieser dann gemeinsam, wenn es gewünscht wird, mit der Politik Lösungsstrategien zu erarbeiten. Aber wenn wir nur an Lösungen arbeiten würden, kämen wir auch gar nicht mehr dazu, Studentinnen und Studenten auszubilden.

Ihre Frage, was können Parteien aber machen? Das Problem ist „ganz einfach“. Parteien sind für jungen Leute nicht attraktiv. Was ist denn das Spannende an Parteien? Warum ist es denn toll, in einer Partei mitzuarbeiten? Und das ist, zumindest erzählen mir das Parteimitglieder, da gibt es eine gemeinsame politische Grundlage, dass sie ganz besondere Vereine sind und halt nicht ein Fußballverein und nicht ein Gesangsverein, sondern ein durch und durch politischer Verein. Und das wird nicht ausreichend kommuniziert. Und insofern ist es auch die Aufgabe eines jeden einzelnen Parteimitglieds, dies wieder stärker zu kommunizieren, aber da gibt es keine Patentrezepte.

Und gerade angesichts der Fragmentierung der Gesellschaft und der Fragmentierung der Öffentlichkeiten ist es sehr, sehr schwierig, Menschen zu erreichen, um sie zu aktivieren und zu sagen, wir machen hier was Spannendes und es wäre toll, wenn du mitmachst, komm doch mal vorbei.

Und ein ganz wichtiger Faktor, den wir noch gar nicht genannt haben Die Leute sind alle gestresst. Die haben keine Zeit. Die haben Jobs, die haben Kinder, die engagieren sich sozial. Zumindest die Menschen in ihrer Burn-out-Phase, also zwischen 35 und 55, 65, die müssen einen oder diverse Jobs unter einen Hut bringen. Ich weiß, wovon ich rede. Ich gehörte zu dieser Gruppe. Dann auch noch ein zeitintensives Ehrenamt, was Partei, und Parteimitgliedschaft ja oftmals mit sich bringt, wenn man aktiv dabei sein will. Das ist die etwas komplexe Gemengelage.

von Alemann: Ich glaube, mit dem Zeitbudget haben sich noch wenige von unseren Kollegen beschäftigt. Wenn Sie daran denken, wie viel Freizeit ein Jugendliche in den 50er, 60er Jahren hatte. Das Fernsehen spielte noch keine Rolle, die sozialen Medien gab es noch nicht. Die Medienangebote, die Computer, Computerspiele, die Fitnessclubs usw.. Was für eine ungeheure Konkurrenz gibt es heute auf dem Freizeitmarkt für Jugendliche und junge Erwachsene. Da stehen die Parteien, die Gewerkschaften, die Kirchengemeinden mit ihren Heimabenden ganz schön in der Tinte. Lösungen sind gefragt. Habt ihr noch was anzubieten?

Schroeder: Wir denken über Lösungen nach. Insofern habe ich die Kritik nicht ganz verstanden. Die Lösungen sind nicht in einem Katalog enthalten, dass man sagen kann, auf Seite 354 kann man das Lösungsangebot finden. Es ist klar, die Parteien haben sich verändert. Die Art und Weise, wie der Staat operiert, hat sich verändert. Hier ist viel über Öffentlichkeit und Aktivierung gesprochen worden. Worüber wir wenig gesprochen haben, ist über die Verrechtlichung der Bedingungen, unter denen neue Lösungen gefunden werden könnten.

Und das scheint mir ein zentrales Problem zu sein für eine Gesellschaft, die sich veränderungsorientiert aufstellt, und einer politischen Klasse, die, wenn sie ehrlich ist, darauf hinweisen muss, dass sich diese Veränderungen so schnell, so nachhaltig und so umfassend, wie sie angedacht sind, nicht umsetzen lassen, weil es rechtliche Bedingungen gibt, die das nicht ermöglichen.

Beispiel. Ich habe in dieser Woche mit einem Kollegen einen Aufsatz über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geschrieben. Was mich dabei seit einigen Jahren umtreibt, ist die Auseinandersetzung mit dieser elementaren Einrichtung für unsere Demokratie. Also: Wie sind die Medien aufgestellt, die wir brauchen, um eine demokratischere Gesellschaft zu werden?

Das ist aber kein Thema der Politikwissenschaft. Und dann denkt man, Medien und Demokratie, das sind doch zwei Seiten einer Medaille. Wenn man ein bisschen nachdenkt, insbesondere für die Teildisziplinen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, ist man sehr schnell damit konfrontiert, dass dies eine Domäne der Juristen ist, weil sie jeden Vorschlag, den ich unterbreiten kann zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Sender und Empfänger, zwischen öffent-

lich- rechtlichen Rundfunk, Staat, Zivilgesellschaft und Bürgern beantworten können. Das steht doch im Bundesverfassungsgerichtsurteil 61712, im Staatsmedien Vertrag, in Verwaltungsgerichtsurteilen usw.. Es gibt eigentlich keinen Gedanken, der da nicht schon ventiliert worden ist und der entweder positiv oder negativ beschieden wurde. Und insofern ist das auch unser Thema heute: Demokratie und Populismus. Eine der entscheidenden Kräfte, die den Populismus nach oben treibt, ist unsere komplexe Verrechtlichung unseres Systems, weil der Populismus, von jeder Form der Verrechtlichung abstrahieren kann. Er kann sagen, das interessiert mich nicht, macht gefälligst. Der Populismus ist am Ende output-orientiert und sagt, ihr müsst machen, dafür seid ihr gewählt.

Und der verantwortliche, wahrheitsgetreue Politiker wird sagen: Ja, wir würden ja gerne, aber es gibt europäisches Recht, es gibt deutsches Recht, es gibt Landesrecht usw.. Das heißt, wir müssen erst mal unter den Bedingungen dieser komplexen Materie einen Weg finden, eine Einflugschneise hinbekommen.

Und ich meine, die Dominanz der Juristen in Politik und Verwaltung ist natürlich auch ein Problem, weil Juristen ticken entlang der Logik der Verrechtlichung und sind durchaus bereit, mit Frustrationstoleranz das alles hinzunehmen, währenddessen diejenigen, die ein Interesse an Veränderung haben, sich darauf besinnen müssen, wie man diese juristisch verrechtlichten Sphären zumindest. als Herausforderung in den Raum stellt.

Wenn man über die Frage besserer Politik und einer besseren Kommunikation zwischen Gesellschaft und Politik nachdenkt, ist schon die Professionalität der Politiker ein Problem. Das ist auch ein Gebiet, dem wir uns vielleicht zu wenig widmen. Und da sind zwei diametral entgegengesetzte Positionen zu berücksichtigen. Die erste ist, dass wir eine deskriptive Repräsentativität feststellen und sagen, ja, das sind 90 % Akademiker. Aber die Wirklichkeit in der Berufswelt sieht anders aus. Wo bleiben die anderen?

Das wird man aber nie hinbekommen, dass man eine komplette Entsprechung der deskriptiven Repräsentativität erreicht. Wir brauchen eine substanzielle. Und das bedeutet, dass diejenigen, die in die Politik gehen, die müssen ihre Lebenslage, ihre Berufslage transformieren und müssen sich auch für die Lebenslagen und Berufswirklichkeiten anderer interessieren.

Und dann sind wir bei der Frage der Professionalisierung Was können wir tun, um die Professionalität der Logik des Allgemeinen in der Politik zu stärken? Und da könnten die Parteien mehr tun, Da kann der Staat mehr tun. Also da sind durchaus Spielräume, die zu wenig genutzt werden und die durchaus auch in der Öffentlichkeit stärker eingeklagt werden sollten. Aber das fängt bei der Rekrutierung der Parteien an, dass sie häufig zu wenig Angebote haben, dass sie auch durch ihre Repräsentativitätslogik schon teilweise eingeschränkt sind. Weil die Parität, so sinnvoll sie für die gesellschaftliche Entwicklung ist, kann auch zur Konsequenz haben, dass Leute, die gewisse Kompetenzen mitbringen, nicht zum Zuge kommen, weil die Parität das verhindert, z.B. die Geschlechterparität. Darüber muss man auch diskutieren. Da gibt es so eine Reihe von Trade Offs, die nicht so einfach zu akzeptieren sind, wenn man eine gute Qualität der Demokratie will.

von Alemann: Lieber Frank, jetzt bist Du dran für das Schlusswort, Du bist der Preisträger.

Decker: Ich habe in meinem Vortrag gesagt, wenn nach Lösungen gefragt wird, sind unsere Antworten in ihrer Allgemeinheit oft etwas wohlfeil. Wenn es um den Extremismus geht, sagen wir immer, wir brauchen mehr politische Bildung. Auch das ist wohlfeil, und das ist ein Ausdruck der Hilflosigkeit. Über das, was Gemeinwohl ist oder das Gemeinwohl gebietet, gibt es zwischen Politikern politischen Streit. Das ist sozusagen das Wesen der liberalen Demokratie. Trotzdem kann man versuchen, eine gemeinsame Position zur Definition des Begriffes Gemeinwohl zu finden. Eine Verfassung ist ja auch nichts anderes als die Festschreibung gewisser Definitionen des Gemeinwohls. Zumindest auf der Werte- oder Verfahrensebene kann man das zumindest negativ definieren. Wenn wir jetzt zum Beispiel den Klimaschutz weiter hinausschieben, ist dies nicht im Sinne des Gemeinwohls. Also wie können wir diese Interessen im politischen Prozess in der repräsentativen Demokratie stärker einbringen?

Zu den Parteien gibt es keine Alternative. Und dann ist es möglicherweise eine Institution wie das Bundesverfassungsgericht, die man einfach braucht, um die Politik daran zu erinnern, ihr dürft auch die Interessen der künftigen Generationen nicht aus dem Auge verlieren. Die Parteien und das Bundesverfassungsgericht reichen aber nicht aus. Wir müssen darüber nachdenken, ob wir andere Beteiligungsformen brauchen.

Ich hatte gestern einen ganz interessanten Termin in Stuttgart in der Staatskanzlei, welche die Bürgerbeteiligung voranbringen will. Interessant war dabei auch die Einrichtung von Bürgerräten auf Bundesebene. Aber womit beschäftigt sich der erste eingerichtete Bürgerrat? Er beschäftigt sich mit dem Thema „Ernährung“. Im Vorfeld gab es andere Themenvorschläge wie z.B. „Tempolimit“. Das Tempolimit ist ein ganz interessantes Beispiel dafür, dass die Politik objektiv gemeinwohlwidrig handelt, denn sachlich spricht alles für ein solches Instrument. Und überdies, das ist ein demokratisch starkes Moment, gibt es demoskopisch relativ klare Mehrheit für ein Tempolimit. Es gab also die Überlegung, wir machen einen Bürgerrat zum Thema Tempolimit.

Das haben bestimmte Parteien mit dem Argument abgelehnt, weil man zwar über alles reden kann, aber nicht über das Tempolimit. Damit werden wir die Akzeptanz von Bürgerräten nicht nur nicht fördern, sondern werden die Akzeptanz untergraben. Die Bürger durchschauen so etwas, dass solche Angebote reine Feigenblätter oder Alibiveranstaltungen sind. Wenn man solche Angebote ernst nimmt, kann man möglicherweise zu Empfehlungen kommen, die dann, wenn sie von der Politik umgesetzt werden, die Sache voranbringen. Auch die Politikwissenschaftler denken über die Einrichtung von Bürgerräten nach.

Lieber Wolfgang, was Du zu den Juristen gesagt hast, findet meine Zustimmung und ich könnte dazu viele Anekdoten beisteuern. Die starke Verrechtlichung unserer Gesellschaft hat vielleicht auch mit den Erfahrungen in Weimar und der Nazi-Zeit zu tun. Unser Grundgesetz ist mit den Grundrechten auf Rechte ausgelegt, aber in einer Demokratie gibt es immer mehr Pflichten. Damit einher geht ein Verlust des Glaubens, dass der Staat seine ureigenen Funktionen erfüllen kann. Da haben die Bürger auch eine Bringschuld. Und ich glaube z.B., dass so etwas wie eine Wehrpflicht durchaus für die Demokratie förderlich ist, weil damit einen soziale Zusammenhalt in gewisser Weise erzwungen wird. Wir müssen auch eine Debatte darüber führen, ob wir die Bürger an bestimmte Verpflichtungen in der Demokratie erinnern. Ludwig Stiegler, der ehemalige SPD-Landesvorsitzende in Bayern hat einmal gesagt: „Der Wähler ist eine Sau“. Der Wähler ist halt so, der ist undankbar. Ich fand das erfrischend, weil er die Menschen daran erinnert hat, dass es in der Demokratie nicht nur darauf ankommt, sich abzureagieren, zu schimpfen, Anti-Parteien zu wählen, sondern dass man selber seinen eigenen Beitrag zu leisten hat.

von Alemann: Vielen Dank. Wir müssen zum Ende kommen. Ich würde zwar gern noch einen kleinen Vortrag halten über Bürokratieabbau und dass Verrechtlichung und Bürokratie nicht nur durch die bösen Juristen verursacht wird, sondern durch Klientelgruppen. Jede kleine Interessengruppe möchte einen Extraparagraphen haben im Baurecht, im Steuerrecht, im Sozialrecht. Bürokratie wird von den Bürgern und Interessengruppen selber gemacht. Aber das lasse ich jetzt.

Ich möchte Ihnen, liebe Heilbronnerinnen und Heilbronner danken, dass ich wieder bei Ihnen sein durfte und eine spannende Podiumsdiskussion leiten durfte. Herzlichen Dank für Ihre Anwesenheit und für Ihre Beiträge. Herzlichen Dank den Dreien auf dem Podium. Wir konnten nicht jeden zufriedenstellen, aber das ist in der Demokratie nun mal so, wie wir heute gelernt haben.

Schließen möchte ich mit Otto Kirchheimer. Otto Kirchheimer war u.a. ein bedeutender Berater der US-Regierung im Zweiten Weltkrieg, wie das Nachkriegsdeutschland und Nachkriegseuropa zu behandeln sei. Und auf die Frage, was er denn mache und was denn seine Funktion sei, sagte er schlicht und ergreifend: „Ich bin ein Verfertiger politischer Analysen. Punkt.“ Ich finde, wir haben aus den Tendenzen zu einer gesellschaftlichen Spaltung die richtige und wegweisende Konsequenz gezogen, zusammen zu kommen, um miteinander zu diskutieren, wie die Verhältnisse in unserer Demokratie aussehen. Dies zu analysieren und aus unterschiedlichen Perspektive zu kommentieren und in dem Bewusstsein, dass wir in der Vergangenheit auch schon Krisen und Spaltungen in der Gesellschaft überwunden haben, ist für die Zukunft eine hoffnungsvolle Perspektive.

Im Namen des Oberbürgermeisters lade ich Sie zu einem Glas Wein ins Foyer des Großen Ratssaales ein.



Aufnahme: Stadtarchiv Heilbronn/ B. Kimmerle



VITA - Prof. Dr. Ulrich von Alemann


geb. am 17.8.1944 in Seebach/Thüringen, ab 1949 aufgewachsen in Krefeld und Köln, dort 1964 Abitur, verheiratet, 2 Söhne.

Studium ab 1966 in Münster, ab 1967 in Bonn und Köln Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie, Staatsrecht und Publizistik. 1969/70 Studienjahr an der University of Alberta in Edmonton, Kanada, dort Master of Arts in Political Science 1971; Dr. phil. an der Universität Bonn 1973.

Berufsweg: wiss. Assistent an der Universität Bonn im Fach Politikwissenschaft 1972-1977, Berufung als Wissenschaftlicher Rat und Professor für Politikwissenschaft (H 3) an der Pädagogischen Hochschule Rheinland in Neuß 1978-1980; Professor (C 3) an der Universität Gesamthochschule Duisburg 1980- 1984; Universitätsprofessor (C 4) an der FernUniversität Hagen 1984-1998, Lehrstuhlinhaber Politikwissenschaft II an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 1998-2012.

Akademische Selbstverwaltung: u.a. Dekan an der FernUniversität Hagen 1986-1988; Prodekan und Dekan der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2004-2009; dort Prorektor für Lehre und Studienqualität 2009-2012; emeritiert, seitdem weiterhin Forschung sowie Sonderaufgaben des Rektorates; Mitglied des Beirat für Universitätsförderung; Politikberatung und Publizistik.

Arbeitsschwerpunkte: Demokratietheorie und Politiktheorie, Methoden, Parteien-, Verbände- und Gewerkschaftsforschung, Politische Korruption, Politik und Technik, Europa und die Kommunen, Landespolitik NRW.

Forschungsinstitutionen: u.a. Vorstandsmitglied des Projektträgerinstitutes für das NRW Landesprogramm „Mensch und Technik. Sozialverträgliche Technikgestaltung“ 1985 - 1995; Mitgründer und stellv. Direktor des „Instituts für deutsche und internationale Parteienforschung und Parteienrecht“ (PRuF) 2001-2010; Gründer der „Forschungsinitiative NRW in Europa“ (FINE) ab 1999-2012; Gründer und erster Geschäftsführer der „Wissensregion Düsseldorf“ 2017-2021.

Publikationen: Veröffentlichung von über 40 Fach- und Lehrbüchern; über 200 Fachaufsätze; zahlreiche Beiträge in Presse, Radio und Fernsehen.

Auszeichnungen: 2013 Reinhard-und-Emmi-Heyne-Preis, 2015 Otto Kirchheimer-Preis

Praxiserfahrungen: Politikberatung von Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden, Parteien, Landes- und Bundesregierungen, Bundespräsidenten

VITA - Prof. Dr. Oskar Niedermayer

Oskar Niedermayer wurde am 22. August 1952 in Schönau bei Heidelberg geboren. Er ist verheiratet und hat einen Sohn.

Nach dem Abitur am Hohenstaufengymnasium in Eberbach studierte er von 1971 bis 1973 Betriebswirtschaftslehre und von 1973 bis 1977 Volkswirtschaftslehre und Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim. Dort machte er 1977 seinen Abschluss als Diplom-Volkswirt mit einer Arbeit zur „Analyse der wissenschaftlichen Diskussion über soziopolitische Wirkungen multinationaler Unternehmen in Entwicklungsländern“, promovierte 1988 über das Thema „Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft“ und habilitierte sich 1988 im Fach Politische Wissenschaft mit einer Arbeit über innerparteiliche Partizipation.

Von 1978 bis 1983 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter, von 1983 bis 1988 Hochschulassistent und von 1988 bis 1993 Hochschuldozent für Politische Wissenschaft an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim und von 1988 bis 1993 Direktor des Zentrums für Europäische Umfrageanalysen und Studien (ZEUS). Nach einem Lehrauftrag an der Universität Kaiserslautern und Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Konstanz (Prof. Lehmbruch) und Heidelberg (Prof. v. Beyme) wurde er 1993 an der Freien Universität Berlin zum Professor für Politische Wissenschaft ernannt und blieb dort bis zu seiner Pensionierung im Oktober 2017.

Er war von 1994 bis 1999 Dozent im Rahmen des Ausbildungsprogramms des Auswärtigen Amtes für mittel- und osteuropäische Diplomaten im Bereich „Politisches System der Europäischen Union“, von 1994 bis 1996 Dozent im Rahmen des Weiterqualifizierungsprogramms brandenburgischer Lehrerinnen und Lehrer für den Bereich „Politisches System Deutschlands“, von 1990 bis 1996 Vorstandsmitglied und Sprecher der politikwissenschaftlichen Arbeitsgruppe der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), von 1990 bis 2015 Sprecher des Arbeitskreises Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, von 1995 bis 2017 Official Representative des ECPR an der FU Berlin. Er war 1979/1980 Stipendiat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für Forschungsarbeiten über die europäische Integration und erhielt 1977 für seine Diplomarbeit den Preis der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar

In Forschung und Lehre spezialisierte er sich vor allem auf die Politische Soziologie, insbesondere die nationale und europäisch vergleichende Parteien- und Wahlforschung sowie die Erforschung der politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger. Zu seinen zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen zählen z.B. die Monografien „Bürger und Politik“ (2. Aufl. 2005), „Wahlen und Parteiensystem in Berlin“ (2017), die Herausgabe einer Buchreihe mit 5 Bänden über die Parteien nach den Bundestagswahlen von 1998 bis 2013 und die Herausgabe des „Handbuchs Parteienforschung“ (2013).

Träger des Otto Kirchheimer-Preises 2017.

VITA - Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle



Geb. 1963 in Detmold, Studium der Rechtswissenschaft in Bayreuth und München. 1992 Promotion (München) mit einer Arbeit über „Rechtsschutz gegen den Richter“, 1995 Referent im Bayer. Staatsministerium des Innern, 1998 Habilitation (Augsburg) mit einer Arbeit über „Das Kompensationsprinzip“.

Seit 1999 Inhaber eines Lehrstuhls für Öffentliches Recht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. und Direktor des Instituts für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie (Abt. I). Arbeitsschwerpunkte: Verfassungsrecht, Allgemeines Verwaltungsrecht, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Umweltrecht sowie Staats- und Rechtstheorie.

Mitherausgeber der „Grundlagen des Verwaltungsrechts“, Band I-III, 2. Aufl. 2012/2013 und eines Großkommentars zum GG (v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, 7. Aufl. 2018) sowie verschiedener juristischer Fachzeitschriften (DER STAAT, JuS, GewArch.) und Schriftenreihen (Neue Schriften zum Staatsrecht, Neue Schriften zur Verwaltungsrechtswissenschaft, Schriften zur Rechtstatsachenforschung).

Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin für das Akademische Jahr 2006/2007, Ordentliches Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (seit 2007) und der Nationalen Akademie der Wissenschaften – Leopoldina (seit 2018). Ab 1. April 2008 Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Ernennung zum Richter und Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts am 7. Mai 2008, zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts am 16. März 2010.

Mitglied des Comité 255 (seit 2014), des Senats der Max-Planck-Gesellschaft und des Wissenschaftlichen Beirats der Thyssen-Stiftung.

Zahlreiche Ehrungen und Preise, u.a. Otto Kirchheimer-Preis 2019.



VITA - Prof. Dr. Elmar Wiesendahl

Elmar Wiesendahl wurde am 29. Mai 1945 in Arnsberg im Sauerland geboren. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

Nach dem Abitur studierte Wiesendahl VWL und Soziologie an den Universitäten Münster und Hamburg. Dort wurde er mit der Arbeit „Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung“ zum Dr. rer. pol. promoviert. Die Habilitation im Fach Politikwissenschaft erwarb er mit der Habilitationsschrift „Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien“.

Ab 1973 war er als Dozent für Soziologie an der Helmut-Schmidt-Universität, an der Führungsakademie der Bundeswehr und dem Lehrerfortbildungsinstitut in Hamburg tätig.

1992 wurde er als Professor für Politikwissenschaft an die Universität der Bundeswehr in München berufen. 2006 wechselte er dann als Direktor und Leiter des Fachbereichs Human- und Sozialwissenschaften an die Führungsakademie der Bundeswehr nach Hamburg.

Um Parteienforschung praktisch zu machen, gründete er nach seiner Pensionierung 2010 zusammen mit Prof. Dr. Joachim Raschke und Prof. Dr. Ralf Tils die Agentur für Politische Strategie (APOS) in Hamburg und war bis 2021 deren Geschäftsführer.

Das Forschungs- und Veröffentlichungsspektrum von Wiesendahl umfasst diverse Bereiche wie die Demokratietheorie sowie die politische Eliten- und Strategieforschung. Vor allen Dingen hat sich Wiesendahl jedoch zeit seines Berufslebens intensiv mit den theoretischen Grundlagen und Entwicklungslinien der internationalen Parteienforschung befasst. Insbesondere interessierte er sich für die Querverbindungen dieses Forschungszweigs zur Demokratietheorie und zur Organisationswissenschaft. In empirischer Hinsicht verfolgte er den Auf- und Abstieg von Volks- und Mitgliederparteien, wobei er immer wieder auf Otto Kirchheimer Bezug nahm. Auch ging er den Herausforderungen nach, denen Parteien durch den gesellschaftlichen Wandel ausgesetzt sind.

Die langjährige Beschäftigung von Wiesendahl mit den Parteien hat 2021 seinen bilanzierenden Niederschlag in einem voluminösen Lehrbuch „Parteienforschung. Eine Übersicht“ gefunden. Es gibt kaum einen deutschen Autor, der sich dermaßen umfangreich in Büchern, Aufsätzen und kritischen Rezensionen zur Gegenwart und Zukunft der Parteien in Deutschland im internationalen Vergleichsmaßstab geäußert hat.

Träger des Otto Kirchheimer-Preises 2021.

VITA - Prof. Dr. Frank Decker



Frank Decker, geb. 1964 in Montabaur, Dipl.-Politologe, Dr. rer. pol., ist nach Studium und Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in Mainz und Hamburg seit 2001 Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und seit 2011 zugleich Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP).

Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Demokratie- und Parteienforschung. Jüngste Buchveröffentlichungen: „Freiheit – Gleichheit – Vertrauen“ (Bonn 2025, als Mitherausgeber), „Handbuch der deutschen Parteien“ (Wiesbaden 2025, als Mitherausgeber), „Politik in stürmischer Zeit“ (Bonn 2023, als Ko-Autor) und „Die deutsche Demokratie“ (Bonn 2022).

Frank Decker gibt seit 2022 die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift INDES heraus. Er gehört der Grundwertekommission der SPD an und ist ordentliches Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg).

2023 wurde er für seine Leistungen auf dem Gebiet der Parteienforschung mit dem Otto Kirchheimer-Preis ausgezeichnet.



Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Professor Dr. Schroeder studierte Politikwissenschaft an den Universitäten Marburg, Wien, Tübingen und Frankfurt.

1991 Promotion an der Justus-Liebig-Universität Gießen,

2003 Habilitation am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt

Seit 2006 hat er als Professor den Lehrstuhl „Politisches System der BRD-Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel inne. Er ist außerdem „Research Fellow“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“.

Zwischen 1991 und 2006 war Schroeder in leitender Funktion beim Vorstand der IG Metall tätig, von 2009 – 2014 war er Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg.

Prof. Dr. Isabelle Borucki

Isabelle Borucki ist Professorin für politikwissenschaftliche Methoden und Demokratie im digitalen Wandel an der Philipps-Universität Marburg.

Davor vertrat sie die Professur für das politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Universität Siegen und leitete DI-PART, digitale Parteienforschung – Parteien im digitalen Wandel, eine Nachwuchsforschungsgruppe an der NRW School of Governance, Institut für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen.

Sie ist Sprecherin des Arbeitskreises „Politik und Kommunikation“ der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft.

Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.

Der Förderverein wurde am 13. Oktober 2015 gegründet und am 21. Februar 2017 ins Vereinsregister eingetragen.

Zweck des Vereines ist, die Erinnerung an den Politikwissenschaftler Otto Kirchheimer zu bewahren und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der von Otto Kirchheimer entwickelten wissenschaftlichen Theorien zum Verhältnis von Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt sowie zum Funktionswandel der Parteien innerhalb der Parteiendemokratie zu leisten.

Otto Kirchheimer wurde 1905 in Heilbronn geboren. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften emigrierte er als Jude und engagierter demokratischer Sozialist 1933 nach Frankreich. 1937 wanderte er in die USA aus, wo er unter anderem als Professor für Politische Wissenschaften an der Columbia University, New York, lehrte. Er starb im November 1965 und wurde, wie er testamentarisch verfügt hatte, 1966 in Heilbronn auf dem jüdischen Friedhof „Im Breitenloch“ beigesetzt.

Kirchheimer machte sich mit seinen Analysen zum Verhältnis von sozialen Strukturen und Verfassung schnell einen Namen. Die Wechselbeziehung zwischen Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt, also die Dialektik von Macht und Recht, ziehen sich als roter Faden durch sein wissenschaftliches Werk. Er war davon überzeugt, dass Recht nicht nur gesellschaftliche Machtverhältnisse festschreibt, sondern mit der Macht zur Rechtsetzung auch gesellschaftliche Zielsetzungen geändert werden können.

Schon 1965 analysierte Kirchheimer die Transformation des westeuropäischen Parteiensystems. Die Entwicklung von Weltanschauungsparteien auf der Grundlage konfessioneller oder klassenstruktureller Basis hin zu entideologisierenden Parteien, zu sogenannten „Allerweltparteien“, und den damit verbundenen Verfall der Opposition sagte er vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in den USA voraus. Bereits früh hatte Kirchheimer die Entpolitisierung von Parteien und damit auch der Politik beschrieben. Auch die seit Jahren sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien bestätigen Otto Kirchheimers Voraussagen. Und wenn Otto Kirchheimer 1966 in seinem posthum veröffentlichten Nachwort zum Buch von Lutz Lehmann „Legal & Opportun“ bereits vom „Überwachungsstaat“ sprach, kann man nur beeindruckt sein über die gedankliche Vorwegnahme politischer Entwicklungen, die heute wissenschaftlich, politisch und gesellschaftlich diskutiert werden.

Der Otto Kirchheimer-Preis

Der mit 10 000 € dotierte Otto Kirchheimer-Preis, gestiftet vom Ehepaar Gudrun Hotz-Friese und Harald Friese, ehemals Mitglied des Deutschen Bundestags und Heilbronner Bürgermeister, wird alle zwei Jahren vom Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirates verliehen.

Mit dem Otto Kirchheimer-Preis will der Förderverein an einen **bedeutenden Heilbronner Staatsrechtslehrer und Nestor der vergleichenden Parteienforschung** erinnern, dessen Analysen auch heute noch wegweisend sind.

Mit dem Preis will der Förderverein auch Wissenschaftler würdigen, die sich mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit um die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Werkes von Otto Kirchheimer und um die Demokratie- und Parteienforschung verdient oder um neue Erkenntnisse bereichert haben.

Preisträger 2015: Prof. Dr. Ulrich von Alemann

Der Preis wurde erstmals am 24. November 2015 zum 50. Todestag von Otto Kirchheimer am 22. November 2015 verliehen. Preisträger des Otto Kirchheimer-Preises 2015 war **Professor Dr. Ulrich von Alemann**, ein Nestor der Demokratie- und Parteienforschung in Deutschland und damaliger Leiter des „Instituts für deutsches und internationales Parteienrecht und Parteienforschung“ an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. **Thema seines Festvortrages: „Otto Kirchheimer a hidden champion“**. Die Laudatio hielt der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates, Professor Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Meyers, Westfälische Wilhelms-Universität Münster.

Preisträger 2017: Prof. Dr. Oskar Niedermayer

Der Otto Kirchheimer-Preis 2017 wurde am 10. November 2017 an **Professor Dr. Oskar Niedermayer**, Leiter der Arbeitsstelle „Empirische Politische Soziologie/ Otto-Stammer-Zentrum“ an der Freien Universität Berlin verliehen, der wie kaum ein anderer deutscher Wissenschaftler die neuere Diskussion um Grundlagen und Strukturen, Leistungen, Defizite und Zukunftsperspektiven der deutschen politischen Parteien geprägt hat. **Thema seines Festvortrages: „Otto Kirchheimer und die Bundestagswahl 2017“**. Auch bei dieser Preisverleihung hat Professor Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Meyers die Laudatio gehalten.

Preisträger 2019: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle

Am 27. November 2019 erhielt den Otto Kirchheimer-Preis 2019 der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, **Professor Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle**, der ein Jahrzehnt die Rechtsprechung des Gerichtes geprägt und sich herausragende Verdienste für die Erforschung und Weiterentwicklung des Staatsrechts und der Demokratie erworben hat. **Thema seines Festvortrages: „Kritik als Verfassungsschutz. Zur Dialektik Recht und Politik im Denken Otto Kirchheimers.“** Die Laudatio hielt die Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Professorin Dr. Dr. h.c. mult. Angelika Nußberger M.A..

Preisträger 2021: Prof. Dr. Elmar Wiesendahl

Die für den 23. November 2021 geplante Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2021 an **Professor Dr. Elmar Wiesendahl**, Universität der Bundeswehr München, musste wegen der Corona-Pandemie auf den 3. November 2022 verlegt werden.

Der Politik- und Parteienforscher Professor Dr. Elmar Wiesendahl erhielt die Auszeichnung wegen seiner hervorragenden Verdienste um die theoretische und empirische Parteienforschung mit den Schwerpunkten Entwicklung und Wandel der Mitglieder- und Volksparteien sowie Organisationsstruktur von Parteien. Es gibt kaum einen deutschen Autor, der sich umfangreicher in zahlreichen Aufsätzen, Büchern und Handbüchern zur Gegenwart und Zukunft der Parteien in Deutschland und Europa geäußert hat. Sein jüngstes Werk „Parteienforschung. Ein Überblick“ zieht die Summe aus seinen vielfältigen Forschungen. **Thema seines Festvortrages: „Parteienwettbewerb und Markt“.** Die Laudatio hielt Professorin Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Preisträger 2023: Prof. Dr. Frank Decker

Der Otto Kirchheimer-Preis 2023 wurde am 16. November 2023 verliehen an **Professor Dr. Frank Decker**, Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn im „Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie“ und Wissenschaftlicher Leiter der „Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik“. Decker ist ein Wissenschaftler, der nicht im Elfenbeinturm sitzt, sondern sich in die öffentliche Debatte der Medien mit Souveränität in die Fakten und Meinungen der Medien einmischt. Dies bewies er aktuell mit seinem Aufsatz „Verlängerung der Wahlperiode“ in „Recht und Politik“ und mit seinem Artikel „Mehr Demokratie wagen?“ in der FAZ vom 31.8.2023. **Thema seines Festvortrages: „Gesplante Gesellschaft, polarisierte Politik“.** Laudator war Professor Dr. Wolfgang Schroeder, Universität Kassel, Staatssekretär a.D..

Vorstand des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V.

1. Vorsitzender:	Harald Frieze
Stellvertretende Vorsitzende:	Thomas Randecker Rainer Hinderer
Schriftführerin:	Gudrun Hotz-Frieze
Schatzmeisterin:	Susanne Bay

Wissenschaftlicher Beirat:

Vorsitzender:	Prof. Dr. Ulrich von Alemann
Weitere Mitglieder:	Prof. Dr. Isabelle Borucki Prof. Dr. Ralf Kleinfeld Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Meyers Prof. Dr. Ursula Münch Prof. Dr. Sophie Schönberger Prof. Dr. Christhard Schrenk

Schriftenreihe des Fördervereins

Der Förderverein ist auch Herausgeber einer Schriftenreihe

Band 1 erschien im November 2017 und dokumentiert eine Veranstaltung der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund in der Reihe „Profile Südwest“ zu Otto Kirchheimer. In dieser Veranstaltungsreihe werden bedeutende Persönlichkeiten Baden-Württembergs dem Hauptstadtpublikum näher gebracht.

Dieser Band enthält Beiträge von Professor Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Meyers „Der Otto Kirchheimer-Preis“, von Professor Dr. Ulrich von Alemann „Otto Kirchheimer - Mittler zwischen Staatslehre und Politikanalyse“ und von Professor Dr. Elmar Wiesendahl zum Thema „Otto Kirchheimers Volksparteien - nach 50 Jahren noch aktuell?“.

Band 2 der Schriftenreihe dokumentiert die Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2017 an Professor Dr. Oskar Niedermayer und seinen Festvortrag „Otto Kirchheimer und die Bundestagswahl 2017“.

Der Band 2 enthält darüber hinaus die Erstveröffentlichung eines Essays von Professor Dr. Ulrich von Alemann und von Professor Dr. Elmar Wiesendahl zum Thema „Wieviel Zukunft noch für die Volksparteien?“ und ein Exklusivinterview von Dr. Wolfgang Herles mit Professor Dr. Oskar Niedermayer „Zur Lage der Volksparteien nach Fortführung der Großen Koalition und den Landtagswahlen in Bayern und Hessen“.

Band 3 der Schriftenreihe dokumentiert die Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2019 an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle und seinen Festvortrag „Kritik als Verfassungsschutz. Zur Dialektik von Recht und Politik im Denken Otto Kirchheimers“ sowie die Laudatio von Professorin Dr. Dr. h.c. mult. Angelika Nußberger M.A., Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Dokumentiert ist auch die Podiumsdiskussion zum Thema „Was hält unsere Demokratie noch zusammen?“, an der unter der Moderation von Professor Dr. Ulrich von Alemann, der Preisträger, die Laudatorin und Professor Dr. Karl-Rudolf Korte, Universität Duisburg-Essen, Gründer und Direktor der NRW-School of Governance, teilgenommen haben.

Band 4 der Schriftenreihe dokumentiert die Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2021, die im Jahr 2022 erfolgte, an Professor Dr. Elmar Wiesendahl und seinen Festvortrag „Parteienwettbewerb und Markt“ und die Laudatio von Frau Professorin Ursula Münch, Leiterin der Politischen Akademie in Tutzing.

Dokumentiert ist auch die Podiumsdiskussion zum Thema „Kennen die Parteien Ihre Zukunft?“, an der unter der Moderation von Professor Dr. Ulrich von Alemann der Preisträger, die Laudatorin und Professor Dr. Frank Decker, Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, u.a. Wissenschaftlichen Leiter der „Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik“, teilgenommen haben.

Band 5 der Schriftenreihe dokumentiert die Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2023 an Professor Dr. Frank Decker und seinen Festvortrag „Gesplante Gesellschaft, polarisierte Politik“ und die Laudatio von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Universität Kassel.

Dokumentiert ist auch die Podiumsdiskussion zum Thema „Krise der Parteien, Krise der Demokratie?“, an der unter der Moderation von Prof. Dr. Ulrich von Alemann der Preisträger, der Laudator und Prof. Dr. Isabelle Borucki, Philipps-Universität Marburg, teilgenommen haben.



SATZUNG

Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e. V.“
2. Er hat seinen Rechts- und Verwaltungssitz in Heilbronn.
3. Er ist im Vereinsregister, Amtsgericht Stuttgart (Registergericht) unter Nummer 722876 eingetragen.
4. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck

1. Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e. V. verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Der Verein möchte die Erinnerung an den Politikwissenschaftler und Staatsrechtler Otto Kirchheimer bewahren und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der von Otto Kirchheimer entwickelten wissenschaftlichen Theorien zum Verhältnis von Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt sowie zum Funktionswandel der Parteien innerhalb der Parteiendemokratie leisten.
2. Mittel zur Erreichung des Zweckes sind insbesondere:
 - a) Verleihung eines Otto Kirchheimer-Preises für hervorragende wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Demokratie- und Parteienforschung, der alle zwei Jahre verliehen wird und mit 10 000 € dotiert ist.
 - b) Durchführung eines wissenschaftlichen Symposions im Rahmen der Preisverleihung zum Thema Demokratie- und Parteienforschung sowie Herausgabe eines Tagungsberichtes über dieses Symposium,
 - c) Förderung wissenschaftlicher Arbeiten und anderer Publikationen im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 2.
3. Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e. V. ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Er lässt sich in seiner Tätigkeit nur von ideellen Gesichtspunkten leiten. Er betätigt sich auf gemeinnütziger Grundlage und erstrebt keinerlei Gewinn.
4. Mittel des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e. V. dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
5. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Mitgliedschaft

1. Der Verein besteht aus
 - a) ordentlichen Mitgliedern,
 - b) Ehrenmitgliedern,
 - c) fördernden Mitgliedern.
2. Die ordentliche Mitgliedschaft natürlicher und juristischer Personen ist schriftlich zu beantragen. Der Antrag muss von mindestens zwei ordentlichen Mitgliedern, die natürliche Personen sein müssen, befürwortet werden. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.
3. Ehrenmitglieder werden auf einstimmigen Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung gewählt. Sie haben alle Rechte eines ordentlichen Mitglieds.
4. Die Mitgliedschaft erlischt durch:
 - a) Tod,
 - b) Austritt, der dem Vorstand mindestens ein Vierteljahr vor Ablauf des Geschäftsjahres schriftlich mitzuteilen ist und der am Ende des Geschäftsjahres wirksam wird,
 - c) Ausschluss.

5. Natürliche und juristische Personen, die sich bereit erklären, die Ziele des Vereins zu unterstützen, können fördernde Mitglieder werden. Für die Aufnahme und den Ausschluss gelten die Vorschriften über die ordentlichen Mitglieder entsprechend.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Alle Mitglieder haben das Recht, Veranstaltungen des Vereins zu besuchen.
2. Die ordentlichen und Ehrenmitglieder des Vereins
 - haben das aktive und passive Wahlrecht für alle Organe des Vereins,
 - wirken an der Bestellung von Einrichtungen des Vereins im Rahmen der Satzung mit,
 - haben das Recht, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen,
 - haben das Recht, Anträge bei der Mitgliederversammlung und an den Vorstand zu stellen.
3. Die ordentlichen und Ehrenmitglieder, die an der Mitgliederversammlung nicht teilnehmen können, haben die Möglichkeit, durch schriftliche Vollmachtserteilung anderen Mitgliedern, die eine natürliche Person sein müssen, ihr Stimmrecht zu übertragen. Sie gelten dann als anwesend. Einem Mitglied kann nur eine Stimme übertragen werden. Das eigene Stimmrecht bleibt davon unberührt.
4. Die ordentlichen und fördernden Mitglieder sind verpflichtet, den Mitgliedsbeitrag zu bezahlen, soweit sie hiervon nicht vom Vorstand befreit worden sind.
5. Kein Mitglied erhält Anteile an eventuellen Überschüssen und in der Eigenschaft als Mitglied auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins

§ 5 Ausschluss eines Mitgliedes

1. Der Ausschluss eines Mitgliedes kann in folgenden Fällen durch Beschluss des Vorstands erfolgen:
 - a) Verletzung der Interessen des Vereins,
 - b) Säumnis der Beitragspflicht trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung über den Schluss des Geschäftsjahres hinaus,
 - c) sonstige wichtige Gründe.
2. Den Antrag auf Ausschluss eines Mitglieds kann jedes Mitglied stellen. Der Vorstand hört vor der Beschlussfassung das Mitglied, gegen das ein Ausschlussantrag gestellt wurde, an. Der Beschluss über den Ausschluss ist dem Mitglied mit eingehender Begründung schriftlich bekannt zu geben. Gegen den Beschluss ist binnen vier Wochen Beschwerde an das Schiedsgericht (§ 12) zulässig.

§ 6 Jahresbeitrag

Der von der Mitgliederversammlung beschlossene Jahresbeitrag ist mit Beginn des Geschäftsjahres fällig.

§ 7 Organe und Einrichtungen des Vereins

Organe und Einrichtungen des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Vorstand,
3. der Wissenschaftliche Beirat,
4. die Rechnungsprüfer / Rechnungsprüferinnen,
5. das Schiedsgericht,
6. die Ausschüsse
7. die Geschäftsstelle.

§ 8 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben und Befugnisse:
 - a) Wahl des Vorstandes (§ 9 Abs.1),
 - b) Wahl der Rechnungsprüfer / Rechnungsprüferinnen (§ 11),
 - c) Wahl eines Obmanns/einer Obfrau für das Schiedsgericht (§ 12)
 - d) Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vorstandes und dessen Entlastung,
 - e) Festsetzung des Mitgliedsbeitrages,
 - f) Beschlussfassung über Satzungsänderungen und über die Abberufung des Vorstands; diese Beschlüsse bedürfen der Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen, wobei Stimmenthaltungen nicht mitgezählt werden.
 - g) Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins (§ 16).
2. Die ordentliche Mitgliederversammlung wird alle zwei Jahre jeweils zum Schluss des Kalenderjahres, spätestens aber drei Monate nach Schluss des Kalenderjahres, durch den Vorsitzenden / die Vorsitzende des Vereins einberufen. Die Mitglieder sind unter Angabe der Tagesordnung mindestens vier Wochen vorher schriftlich einzuladen. Die Versendung der Einladung und beigefügter Unterlagen kann auch in elektronischer Form per Mail erfolgen.
3. Der/die Vorsitzende kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Er / sie ist hierzu verpflichtet, wenn der Vorstand dies beschließt oder ein Drittel der ordentlichen Mitglieder dies unter Angabe des Zweckes und der Gründe schriftlich beantragt. Für die Ladung gilt § 8 Abs. 2, Satz 2.
4. Den Vorsitz der Mitgliederversammlung führt der/die Vorsitzende, bei seiner / ihrer Verhinderung eine/r der stellvertretenden Vorsitzenden.
5. Jedes anwesende Mitglied hat in der Versammlung eine Stimme. Die Möglichkeit der Stimmübertragung nicht anwesender Mitglieder regelt § 4 Abs. 3.
6. Sofern durch Gesetz oder Satzung nichts anderes vorgesehen ist, werden die Beschlüsse der Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen bleiben dabei außer Betracht.
7. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Versammlungsleiter / der Versammlungsleiterin und vom Schriftführer / von der Schriftführerin zu unterzeichnen ist.

§ 9 Vorstand

1. Dem Vorstand gehören an:
 - a) der/die Vorsitzende,
 - b) zwei stellvertretende Vorsitzende,
 - c) der Schatzmeister / die Schatzmeisterin,
 - d) der Schriftführer / die Schriftführerin
 - e) bis zu 6 Beisitzer / Beisitzerinnen,
 - f) der/die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats (als Gast, ohne Stimmrecht).
2. Der/die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates nimmt an den Vorstandssitzungen als Gast ohne Stimmrecht teil.
3. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der/die Vorsitzende, und die stellvertretenden Vorsitzenden. Der/die Vorsitzende ist mit einem/einer stellvertretenden Vorsitzenden vertretungsberechtigt.
4. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt.
5. Wiederwahl ist zulässig.

-
6. Der Vorstand führt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung durch.
 7. Der Vorstand erlässt eine Geschäftsordnung und schlägt der Mitgliederversammlung eine Wahlordnung vor.
 8. Der Vorstand kann Ausschüsse für einzelne Arbeitsgebiete oder besondere Aufgaben aus den Reihen der Mitglieder des Vereins bestellen.
 9. Der Vorstand erledigt alle Angelegenheiten, die nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind.
 10. Der/die Vorsitzende beruft und leitet die Sitzungen des Vorstandes und stellt hierfür die Tagesordnung auf. Der/die Vorsitzende oder sein Vertreter / seine Vertreterin können an den Sitzungen aller Gremien teilnehmen. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/der Vorsitzenden. Der Vorstand kann seine Beratungen auch im Umlaufverfahren durchführen. Dies gilt auch für seine Beschlüsse. § 8 Abs. 2 Satz 2 und Satz 3 gelten entsprechend.
 11. Der Vorstand ist ehrenamtlich tätig. Notwendige Aufwendungen werden ersetzt.
 12. Dies gilt auch für die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates und für Mitglieder gemäß § 3 Abs. 1, sofern diese im Auftrag des Vereins tätig werden.

§ 10 Wissenschaftlicher Beirat

1. Der Wissenschaftliche Beirat fördert die in § 2 aufgeführten Ziele des Vereins. Er berät den Vorstand in allen wissenschaftlichen Fragen.
2. Der Wissenschaftliche Beirat schlägt dem Vorstand einen Preisträger/eine Preisträgerin für den alle zwei Jahre zu verleihenden Otto Kirchheimer-Preis ab dem Jahre 2017 vor.
3. Der Vorstand beschließt über den Preisträger/die Preisträgerin im Benehmen mit dem Wissenschaftlichen Beirat.
4. Der Wissenschaftliche Beirat soll mindestens 5 Mitglieder, höchstens 11 Mitglieder haben. Die Mitglieder werden vom Vorstand auf die Dauer von sechs Jahren auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats berufen. Dies gilt nicht für die Berufung der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats nach Gründung des Vereins. Diese werden vom Vorstand berufen.
5. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Vorstand und im Wissenschaftlichen Beirat ist nicht möglich.
6. Der Wissenschaftliche Beirat wird nach Bedarf, aber mindestens alle zwei Jahre, von seinem / seiner Vorsitzenden einberufen. Er kann seine Beratungen auch im Umlaufverfahren durchführen. Dies gilt auch für seine Beschlüsse. § 8 Abs. 2 Satz und Satz 3 gelten entsprechend.
7. Der Wissenschaftliche Beirat wählt seinen Vorsitzenden / seine Vorsitzende und den stellvertretenden Vorsitzenden / die Stellvertretende Vorsitzende aus den Reihen seiner Mitglieder.
8. Falls der / die Vorsitzende verhindert ist, nimmt der / die stellvertretende Vorsitzende seine / ihre Aufgaben und Befugnisse wahr.
9. Der Wissenschaftliche Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 11 Rechnungsprüfung

Die Überprüfung der Haushaltsführung des Vereins obliegt drei Rechnungsprüfern / Rechnungsprüferinnen. Sie werden von der Mitgliederversammlung auf zwei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

§ 12 Schiedsgericht

1. Das Schiedsgericht ist zuständig für Beschwerden gegen einen Ausschluss; es besteht aus einem Obmann / einer Obfrau und vier Schiedsrichtern / Schiedsrichterinnen. Es entscheidet nach vorheriger Anhörung des Vorstandes und des vom Ausschluss betroffenen Mitglieds. Das Schiedsverfahren kann auch schriftlich durchgeführt werden.
2. Jede der beiden Parteien benennt zwei Schiedsrichter / zwei Schiedsrichterinnen binnen vier Wochen nach Anrufung des Schiedsgerichts. Wird die Benennung von einer Partei nicht innerhalb dieser Frist vorgenommen, so kann das Schiedsgericht auch ohne diese Schiedsrichter/ Schiedsrichterinnen verhandeln und entscheiden.

§ 13 Beschlussfähigkeit

Alle kollegialen Organe und Einrichtungen sind, soweit es nicht anders bestimmt ist, bei ordnungsgemäßer Einberufung ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig, soweit diese mindestens drei beträgt.

§ 14 Geschäftsstelle

Der Vorstand kann eine Geschäftsstelle einrichten. Auf Vorschlag des/der Vorsitzenden wird ein Geschäftsführer / eine Geschäftsführerin vom Vorstand bestellt. Die Aufgaben der Geschäftsstelle und die Aufgaben und Befugnisse des Geschäftsführers / der Geschäftsführerin sind in einer Geschäftsordnung geregelt, die der Vorstand beschließt.

§ 15 Auflösung und Vermögensübergabe

1. Die Auflösung des Vereins erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung. Die Einladung des/der Vorsitzenden zu der Mitgliederversammlung, die über die Auflösung beschließen soll, muss acht Wochen vor der Sitzung schriftlich erfolgen. Der Nachweis der erfolgten Einladung gilt als geführt, wenn er / sie eine schriftliche Einladung unter Bekanntgabe der Tagesordnung den Mitgliedern zugesandt hat.
2. Die Mitgliederversammlung gem. § 15 Abs. 1 ist zur Auflösung beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend ist. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so hat die Einberufung einer zweiten Mitgliederversammlung mit vierwöchiger Einladungsfrist zu erfolgen. Diese zweite Mitgliederversammlung spätestens 8 Wochen nach der ersten Mitgliederversammlung stattfinden.
3. Die zweite Mitgliederversammlung kann ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitgliedern die Auflösung beschließen.
4. Der Auflösungsbeschluss bedarf der Zustimmung von drei Vierteln der Anwesenden.
5. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Stadt Heilbronn, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Die Mitglieder erhalten keinerlei Rückzahlungen, Rückgaben oder Zuwendungen. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins ist Eigentum Dritter an diese zurückzugeben.

Fassung gem. Beschluss Mitgliederversammlung vom 22.12.2016



Förderverein OTTO KIRCHHEIMER-PREIS e.V.

Geschäftsstelle: Harald Frieze
Wilhelm-Blos-Straße 53 · 74076 Heilbronn
Tel. 07131-17 79 15 · Fax 07131-16 05 95
hotz-frieze@t-online.de

**OTTO
KIRCHHEIMER
PREIS**



Bankverbindung: Kreissparkasse Heilbronn
IBAN DE13 6205 0000 0000 4119 50 · BIC HEISDE66X

Ich/Wir möchte/n Mitglied des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V. werden.

Vorname	Nachname
Straße	PLZ/Wohnort
Telefon	E-Mail
Geburtsdatum	Beruf

Die hier erhobenen personenbezogenen Daten werden entsprechend Bundesdatenschutzgesetz § 28 (9) vom Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. ausschließlich für interne Vereinszwecke, insbesondere für die Mitgliederverwaltung, -information und -betreuung elektronisch gespeichert, verarbeitet und genutzt.

Ich/Wir zahle/n für meine/unsere Mitgliedschaft einen steuerlich absetzbaren Jahresbeitrag gemäß Beschluss der Mitgliederversammlung vom 13. Oktober 2015 in Höhe von 48,00 Euro.

Ort/Datum	Unterschrift
-----------	--------------

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers:

Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V., Wilhelm-Blos-Str. 53, 74076 Heilbronn

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE90ZZ00009935

Mandatsreferenz (Vom Zahlungsempfänger auszufüllen):

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige/Wir ermächtigen (A) den Zahlungsempfänger, den Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V., Zahlungen von meinem/unsere Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich (B) weise ich mein/weisen wir unser Kreditinstitut an, die vom Zahlungsempfänger auf mein/unsere Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. **Hinweis:** Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unsere Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. **Fälligkeitstermin** für den Einzug des Jahresmitgliedsbeitrages: 1. Werktag im Monat Juli des laufenden Kalenderjahres

Name des Zahlungspflichtigen (Kontoinhaber)

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

IBAN	BIC
------	-----

Ort/Datum	Unterschrift des/der Zahlungspflichtigen
-----------	--



Förderverein
OTTO KIRCHHEIMER-PREIS e.V.

Geschäftsstelle: Harald Frieze
Wilhelm-Blos-Straße 53
74076 Heilbronn
Tel. 07131-17 79 15
Fax 07131-16 05 95
hotz-frieze@t-online.de

| www.otto-kirchheimer-preis.de |